

Ercheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3.50 Mark, monatlich
1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Zeitung-Verordn.
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Leckerbissen für die Unternehmer

Sind die Beschlüsse, welche der Bundesrath wegen der Ausnahmen von der künftigen industriellen Sonntagsruhe für ununterbrochene Betriebe und Saison-Industrien am 25. Januar d. J. endgültig gefasst und in langen Tabellen im „Reichs-Anzeiger“ vom 29. Januar d. J. veröffentlicht hat. Damit ist aber etwa noch lange nicht gesagt, daß das Recht von gewerblicher Sonntagsruhe, was danach noch bleibt, etwa nun eingeführt wäre oder bald eingeführt würde. Gottbewahre! Jetzt stehen noch alle Ausführungsanweisungen zu diesen und anderen Bestimmungen für die Unternehmern aus. Sie sollen „unverzüglich“ in Angriff genommen worden sein. Verstehen kann dies nur derjenige, der weiß, welche Schweregeburts schon das jetzt veröffentlichte war. Ja — wenn die Kapitalisten und ihre Organisationen nicht existierten! Aber die haben es verstanden, „vorteilhafte“ Beschlüsse zu verhindern. Und so bekommen wir jetzt, anfangs 1895, das erste Fertige der Ausführungsbeschlüsse zu sehen, die seit 1891 „vorbereitet“ werden. Und das ging so zu.

Nachdem das neue, aber sehr mangelhafte Arbeiter-Schutzgesetz von 1891 in der Hauptsache anfangs 1892 in Kraft getreten war, hatte man auch bereits im Herbst 1892 auf Grund desselben die nochmals notwendigen Entwürfe zur Einführung der Sonntagsruhe im Reichsamt des Innern ausgearbeitet und an die Bundesregierungen zur Vorlage an die Industriellen verschickt. Allein da kam man schon an! Die Industriellen fielen ganz unbarmherzig über die so schon ausgearbeiteten Bestimmungen her, die man gewagt hatte, in die Welt zu setzen, ehe der Kapitalismus gesagt hatte, was er für Ausnahmen verlange. Die Entwürfe wurden ganz rücksichtslos heruntergerissen und einfach als werthlos bezeichnet, weil sie sich den „Bedürfnissen“ der Industriellen nicht anpaßten; manches darin mag ja auch wirklich am grünen Tisch ohne die geringste Kenntnis der Technik gemacht gewesen sein, ein Mangel, der sich heute noch bis herunter zu den Gewerbe-Inspektoren finden soll. In der Hauptsache war es aber die Opposition gegen jede Schmälerung des Profits und das Bestreben nach möglichstster Einengung der Sonntagsruhe, die jene Massenrückschwendung beschriebenen Papiers in das Reichsamt des Innern verurachteten. Und gehoramt dem Wink der Kapitalisten machte sich das Beamtenthum — „wir arbeiten ja nur für Sie!“ — von neuem an die Arbeit. Die Liste der Ausnahmen für den Bergbau, das Hütten- und Salinenwesen war endlich im Dezember 1893 nach jenen berühmten Schattenenqueten fertig, über die wir feinergeit

ausführlich berichtet haben. Schattenenqueten deshalb, weil man zwar eine regelrechte Anzahl Unternehmer als Vertreter ihrer Organisationen, Arbeiter jedoch nur als „Einzelpersonen“, Girsch-Dunderianer, Werkmeister, abhängige Personen u. s. w. berief, die theilweise von den Unternehmern geschickt waren, fast keine Leute aus den Fachvereinen und zentralisirten Gewerkschaften, was es freilich nicht verhinderte, daß der Humor der Weltgeschichte auch hier durch eine rheinische Firma geliefert wurde, die einen — Harmonie-Apostel wegen seiner Aussagen über die Möglichkeit der Sonntagsruhe moßregelte. Für die Industrie der Steine und Erden, die Metallverarbeitung, chemische Industrie, Del- und Fettindustrie, sowie Papier- und Lederfabrikation glaubte man im Oktober 1894 fertig zu sein. Aber siehe da, die Unternehmer setzten nochmals Erweiterungen der Ausnahmen durch, und so hat jetzt erst der Bundesrath nach § 105 d. der Gewerbe-Ordnung für die oben schon genannten, sowie außerdem für die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie die Ausnahmen von der Sonntagsruhe angehängt, wegen ununterbrochenen Betriebes endgültig fassen können. Außerdem bringt noch ein kleiner Anhang angenehme Ausnahme-Überraschungen für Saison-Industrien. Die Kampagne-Industrien stehen mit ihren Vergünstigungen in der allgemeinen Bescheinungsliste.

Es hat hier keinen Zweck, auf die einzelnen Betriebsarbeiten einzugehen, für welche nunmehr wegen „ununterbrochenen“ Betriebes oder wegen der „Saison“ die Ausnahmefreiheit auch für den Sonntag verlobt wird. Gewiß, Ausnahmen für einzelne Verrichtungen müssen ja sein. Man kann aber verlangen, daß sie auf das Mindestmaß beschränkt werden, und das ist hier nicht geschehen. Das für den gleichen Zweck von der österreichischen Regierung durch Ministerial-Berordnung vom 27. Mai 1885 aufgestellte Verzeichnis von Ausnahmen weist nur 50 Nummern auf, das jetzige deutsche dagegen 78 einschließend der Saisonausnahmen, 80 ohne diese, also immer noch 30 mehr. Und in der Schweiz ist man noch viel weniger freigebig gewesen, wie die rechte Hand des Herrn von Verleysch, Geh. Rath Königs, i. J. selbst in einem Buch mitgetheilt hat. Noch in der kurzen Zeit seit Oktober 1894 bis jetzt sind, wie gesagt, wesentlich mehr Ausnahmebestimmungen in die damals im Entwurf fertige Liste eingeschmuggelt worden. Damals sollte z. B. mit Worten festgelegt werden, daß die Ausnahmen immer nur für den „ununterbrochenen“ Betrieb gewisser Oefen, Maschinen u. s. w. gälten. Jetzt ist in den fertigen Beschlüssen alles für den „Betrieb“ von Oefen u. s. w. schlechthin bewilligt, und zwar mit eiserner Konsequenz durch die ganzen, acht Folio-Druckseiten füllenden Tabellen. Die chemische Industrie ist besonders reichlich, mit 39 Ausnahmen bedacht. Im Oktober waren es erst 38, inzwischen

hat die Fabrikation des kalzinirten Glaubersalzes noch etwas für sich herausgeschlagen. Die einzelnen Nummern zerfallen außerdem in zahlreiche Unterfälle, sodaß in Wirklichkeit noch viel mehr gestattete Ausnahme-Arbeiten herauskommen. Häufig kann jetzt eine unbeschränkte Arbeiterzahl mit Sonntagsarbeit bepackt werden. Die Bedingungen, unter denen die Ausnahmen gewährt sind, lauten meist dahin, daß den Sonntags beschäftigten gemessenen Leuten entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden, die für jeden dritten Sonntag 36 Stunden, oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger (!!) als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden Ruhezeit zu gewähren ist. In der letztgenannten Bestimmung ist der Bundesrath entschieden über § 105 o. Abf. 3 der Gewerbe-Ordnung hinausgegangen, die mindestens jeden dritten Sonntag 36 Stunden Freizeit verlangt. Wie außerdem der Bundesrath dazu kommt, zu beschließen, daß der Reichsanzler noch weitere „Abweichungen“ von der Dauer der Ruhezeit zulassen kann, ist auf Grund des Gesetzes nicht klar; oder kommt es hier, wo Unternehmerinteressen im Spiele sind, auf Gesetz nicht an? Schnurrig ist endlich, daß aus den etwa fünf Arten von Saison- und Kampagne-Industrien, die das Reichsamt des Innern im Jahre 1894 nur anerkennen wollte, jetzt plötzlich acht Saison-Industrien geworden sind, nämlich die Ehololade-, Zucker-, Coniglischen- und Biskuitfabrikation, die Spielwaren-Industrie, die Puhmacherei, die Kürschner-, die Strohhut-Fabrikation und die Schneiderei, sowie Schuhmacherei im handwerksmäßigen Betriebe, die sämtlich an sechs oder vier Sonntagen im Jahre bis 12 Uhr mittags Sonntags Arbeiter beschäftigen dürfen. Es geht doch nichts über eine gewisse Wandlungsfähigkeit!

Vor der Anwendung dieser Leporelloliste von Ausnahmen dürfte es außer den Arbeitern noch jemandem grauen — den Gewerbe-Inspektoren! Wie die mit diesem Material in der Praxis fertig werden, erlaubte Ausnahmen von unerlaubten Beschäftigungen unterscheiden wollen, ist noch ganz unklar. Auswendig lernen können sie die Listen unmöglich. Bei ihren Sonntagsrevisionen müssen sie die Betriebe also künftig mit der Liste in der Hand betreten, und was solche Revisionen bei der Ueberlastung der Inspektoren mit anderer Arbeit bedeuten werden, kann sich jeder selbst sagen. Ohne ordentliche Kontrolle ist aber jeder Arbeiterschutz nichts als Hohn und Spott auf die Arbeiter. Danach kann man sich ein Bild von der künftigen Sonntagsruhe in deutschen Fabriken machen, auch wenn die Ausnahmebestimmungen weniger zahlreich wären, als sie leider sind.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

Südamerikanischer Geschichte.

„Meine Herren“, sagte er, „gestatten Sie mir, daß ich für meinen Freund Patri das Wort ergreife; denn ich weiß wohl, daß er ein guter Geschäftsmann ist, aber ein desto schlechterer Redner. Wir Fremde, die wir hier von dieser gastfreien Republik aufgenommen sind, schätzen uns glücklich, in ihr ein zweites Vaterland gefunden zu haben. Dieser fruchtbare paraguayische Boden mit seinen heiteren Söhnen eint unter dem ewig blauen Himmel in kosmopolitischer Weise alle Gegensätze, die das greise Europa gezeugt hat. Wenn wir Fremden mit unseren bescheidenen Kräften dazu beitragen helfen, die Entwicklung dieses jungen und sicher viel versprechenden Staatswesens, wie es die eben entstandene Republik ist, nach besten Kräften zu fördern, so rechnen wir auf die Sympathie dieser unverdorbenen Söhne der Natur, die uns so liebevoll empfangen haben, und die auf ihr neues Wappenschild, das den Lorbeer mit der Palme eint, die reinsten Worte der menschlichen Brüderlichkeit schreiben. Tief aus unserem innersten Herzen quillt ihnen dafür der Dank, der ihnen dafür gebührt, diese rein menschlichen Probleme, über die unser altes Vaterland noch uneins ist, in so klarer und reiner Weise gelöst zu haben. Wir danken der paraguayischen Nation aufs herzlichste dafür. Und es soll kein Miston in dieser reinen Harmonie entstehen, wenn ein braver und strebsamer Arbeiter, wie unser Freund Patri, der sich aus den kleinsten Anfängen zum geachteten und angesehenen Kaufmann emporgeschwungen hat, sich vielleicht im Drange des Geschäftes ein unüberlegtes Wort entschlüpfen ließ. Es arbeitet niemand umsonst, und jeder will bezahlt sein.“

Jeder, der eine gewisse Summe von Intelligenz besitzt, befißt in dieser auch ein im gewissen Sinne marktfähiges Kapital; das man bei der Berechnung des Verdienstes mit einrechnen muß. Unser strebsamer Freund nun . . .

„Schweigt endlich still, Gallego, ich will Euer Gewäsch nicht länger anhören“, fiel ihm Nicanor GODOY ins Wort. „Er arbeitet wohl wieder einen Artikel für Eure morgende Zeitung aus. Was Ihr uns sagen wollt in langen und unverständlichen Sätzen, das will ich hier der ganzen Gesellschaft in wenig Worten klar legen. Ihr wollt sagen, daß man stehlen müsse, das ist alles. Ich bin ein einfacher Indianer, bin nie in Eurem Lande gewesen; aber ich habe eine feine Spürnase, um zwischen Adlern und Haszgeiern zu unterscheiden. Ihr seid Lumpen, Ihr Fremde. Ihr sowohl wie Euer vielgerühmter Freund. Ihr seid ein Gallego und der andere ist ein Neapolitaner. Euch treibt nur die Habgier hierher und die Sucht, in unserem armen Vaterlande recht rasch durch Spitzbüberei reich zu werden. Euch ist alles recht, was Euch Geld bringt. Ihr verkauft Eure eigne Mutter für einen Centavo und Eure Gesinnungen für noch weniger. Wagt es nicht zu leugnen! Wenn Ihr hier fortgeht, so werdet Ihr Eurem guten Freund in die Rippen stoßen, und Ihr beiden Diebe werdet Euch zulachen über die dummen Indianer, die Eurer trügerischen Bunge Glauben geschenkt haben. Ihr seid ohne Vaterland, ohne Ehre und ohne Schande. Ihr seid die Haszgeier, die den Kadaver schon aus der Weite spüren, ohne daß sie ihn zu sehen brauchen, und die sich an ihm mästen und nur das Knochengerüst zurücklassen. Es ist auch gar nicht meine Absicht, Euch eines Besseren zu belehren; denn Ihr seid unverbesserlich. Aber ich schäme mich für Euch, Paraguayer, daß Ihr diese fremden Diebe hier aufnehmt und ihnen schmeicheleischen Worten Gehör schenkt. So arm und ohnmächtig unser gemeinsames Vaterland auch daliegt, mehr Ehre könnte es in seinen Nesten immerhin bergen, als die ich heute gesehen zu haben beklage.“

Es war stille in dem kleinen Zimmer geworden. Jeder der anwesenden Paraguayer fühlte wohl die Wahrheit der

eben gesprochenen Worte; aber der lustige Oberst und sein Vorgesetzter, der General Ferreira, erinnerten sich merkwürdig schnell, daß sie dem blaß gewordenen Italiener seit langer Zeit mehrere hundert Pefos schuldeten.

„Ein verdammt lustiger Landsmann, unser Freund Nicanor“, rief der Oberst Meza, „laßt mir meine guten Freunde in Ruhe. Geht und pflanzt Euren Maniot und Mais, mein lieber GODOY. Ihr taugt nichts für Geschäfte. Was sollen wir armen Kriegsknechte anfangen, wenn nicht nebenher etwas zu verdienen wäre. Nehme es unserer Excellenz sehr übel, daß sie einem braven Oberst der Reiterei nicht mehr zahlt, als die lumpigen paar Pefos. Und obendrein nimmt mir mein Vorgesetzter noch das Doppelte meines Monatsgehalts wieder ab im Moeto . . . habt richtig wieder gewonnen, General . . . Seht, lieber GODOY“, fuhr Meza fort, indem er vom Tisch aufstand und sich vor den vorigen Sprecher stellte, „die Welt lebt und will leben, will gut leben, will ich sagen. Trinke lieber spanischen Wein, als Zuckerrohr-Schnaps. Sie hat auch immer bestanden, seitdem sie einmal geschaffen ist. Wird auch bestehen bleiben, so viel mir scheint . . . habe immer einen Tag nach dem andern kommen und gehen sehen. Was sich also den Pelz zerreißen . . . laßt diese guten Leute leben, wir wollen es auch. Stehlen sie, gut, so stiehlt mehr. Ich für meinen Part bin für den, der mich am besten zahlt. Wo es herkommt, das soll mich nicht im geringsten scheeren.“

Damit setzte er sich wieder und griff die verlassenen Karten auf. Der General, sein Partner, lachte über das ganze Gesicht. Herr Luigi Patri war sehr viel ruhiger geworden, und der Spanier drückte mit jeder Miene seines Gesichtes aus, daß er vollkommen der Meinung des Obersten sei.

„Für wie viel habt Ihr Euch verkauft, Oberst?“ fragte kaltblütig GODOY. „Seid Ihr schon so in der Schuld dieser Fremden, daß Ihr ihren Anwalt macht?“

„Weiß nicht, mit wie viel ich in ihrer Kreide stehe; aber wozu bin ich denn Oberst geworden, wenn ich so leben

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Im Landtag wurde heute zuerst die Petition des Direktors einer wissenschaftlichen Anstalt (biologische Station am Blöner See), die Kosten derselben auf den Staat zu übernehmen, der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Der Etatsposten, 200 000 M. als 12. Rate zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eisfeldgebiet, wird nach längerer Debatte, an der sich auch der Landwirtschaftsminister betheiligt, bewilligt. 500 000 M. zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen werden bewilligt, ebenso wie Beträge für Lehrsätze, Zucht von Hengsten, Mollereireisen etc. Für einen Verbindungskanal im nordwestlichen Deutschland werden 90 000 Mark verlangt; die Debatte führt indes nicht zur Annahme, sondern zur Zurückweisung der Position an die Budgetkommission. Damit ist der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt, und es folgt die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Errichtung einer Generalkommission für die Provinz Ostpreußen. Dieser Gegenstand führt indes lediglich zu einer langen Polendebatte, in der sich die polnischen Abgeordneten bitter über systematische Unterdrückung ihrer Nationalität beklagen. — Fortsetzung der Debatte ist Dienstag Vormittag 11 Uhr.

Der Umfall des Zentrums wurde schon in unserer letzten Nummer besprochen. Wir berichteten, wie sich die Zentrumsblätter aus ihrer schwierigen Situation herauszulassen versuchten und meinten, daß jetzt wohl gewissen Zentrumsblättern die Augen aufgehen würden, nämlich denjenigen Zentrumsblättern, die zum arbeitenden Proletariat gehören, gegen das sich die Umsturzvorlage richtet.

Diese Vorausage beginnt bereits sich zu erfüllen. Die Wähler des Oberlandesgerichtsraths Spahn haben der Zentrumsfraktion folgende Resolution zugestellt:

Der Vorstand des Vereins der Zentrumsparthei im Wahlkreis Bonn-Rheinbach bittet im Namen der von ihm vertretenen Wähler die Zentrumsfraktion um Ablehnung der Umsturzvorlage, da er in derselben eine große Gefahr für die politische Freiheit erblickt. Die Aufregung in unserem Wahlkreis über die letzten Vorgänge in der Kommissions-Sitzung ist eine große.

Auch in der bayerischen Zentrumsprelle macht sich eine lebhafteste Opposition gegen die Behandlung des § 111a der Umsturzvorlage in der Kommission geltend. Es wird von den bayerischen Zentrumsabgeordneten direkt gefordert, den Weg des preussischen Zentrums nicht mitzumachen. Ferner wird davon gesprochen, daß im Anschluß an das Gebahren des Zentrums gegenüber der Umsturzvorlage sich wieder der Ruf nach einer Trennung vom preussischen Zentrum geltend mache und in sehr weiten Kreisen Anklang finde.

Wenn diese Stimmung in den Reihen der Zentrumsblätter weiter um sich greift, wie zu erwarten ist, dann muß die Zentrumsfraktion bei den ferneren Beratungen über die Umsturzvorlage entweder noch sehr schnell umschwenken — oder die Zentrumsblätter werden bei den nächsten Wahlen umschwenken. Eins von beiden kann es nur geben. Daß den reaktionären Herren Zentrumsabgeordneten die Wahl einer dieser Eventualitäten mit großer Qual verbunden ist, glauben wir allerdings gern.

Dem deutschen Volk. Ein findiger Reporter verbreitet die Anekdote, der Kaiser habe sich erzürnt, daß man ihn als Gegner der Inschrift: Dem deutschen Volk! betrachte, und selber vorgeschlagen, man solle doch dem Reichstag die Inschrift geben: salus populi suprema lex — das Wohl des Volkes oberstes Gesetz. Nun, das klingt hübsch — wenn's auch nicht wahr ist —, klingt aber auch nur so. „Des Volkes Wohl!“ Sehr schön und sehr allgemein — und so elastisch wie die Paragraphen der Umsturzvorlage.

Der Jar, der Sultan, Bismarck, Crispi — sie alle sind begeistert für des „Volkes Wohl“, so wie sie es verstehen.

Ich, wie ein gemeiner Soldat. Es giebt eben vielerlei Leute, einige sind geistig, einige nicht. Ich weiß, daß Ihr eine Schwäche dafür habt, auf Eurer Scholle zu sitzen, und Euch von Wein und Mais zu ernähren. . . es muß auch solche Menschen geben. Wir sind dazu hier, um lustig zu leben. Intelligenz nennt das ja wohl der Zeitungsreiber.

Gut, ich bin für die Intelligenz . . . lebt und laßt leben!

„Ich bedaure es sehr, Oberst,“ sprach Godoy mit bewegter Stimme, „daß ich das von Euch hören muß, und leider beweist das Schweigen der ganzen Gesellschaft, daß auch die übrigen den Oberst billigen. Will ich doch lieber in meinem Walde leben und Mais essen und Wasser dazu trinken, als daß ich mich und meine Ehre für einen Trunk fremden Weines verschachere. Ich weiß wohl, Landknechte, weshalb Ihr hier versammelt seid. Es gilt nicht dem Kartenspiel und nicht dem Wein des Apothekers, und deshalb seht Ihr mich unter Euch. Ich bin gekommen, Euch zu warnen, nein, nicht warnen; bitten wollte ich Euch, nicht auf dem Boden unseres aus tausend Wunden blutenden Vaterlandes einen neuen unheilvollen Streit zu beginnen. Und weshalb seid Ihr eigentlich unzufrieden? Weil ein ehrlicher Mann an Eurer Spitze steht. Tausend Dank solltet Ihr ihm wissen, daß er seine Hände nicht mit den armeneligen Pfennigen bereichert, die unsere darniederliegende Nation noch besitzt. Geht in Euch Freunde! Opfert Euren Eigennutz, ich will mich nicht härter ausdrücken, dem allgemeinen Wohl! Arbeitet jeder da, wo ihm sein Beruf hingestellt hat, dann wird es uns allen gut gehen, und unsere Enkel werden uns nicht nachsagen können, daß wir das erste Blatt unserer neuen Geschichte mit Schmutz oder vielleicht mit noch schlimmerem bedeckt haben.“

„Ihr übertreibt, Nicanor,“ sagte jetzt Gull harmlos lächelnd. „Es mag sein, daß hier bei unserm Spiel, gebt aber nicht weiter, unser Freund Onanes hier eine kleine Spielhölle hält, daß dabei einmal ein scharfes Wort fällt; wenn Ihr aber glaubt, daß dabei konspiriert wird, dann irt Ihr Euch vollständig.“

Nicanor Godoy sah ihn lange scharf an:

„Ihr treibt doppeltes Spiel, Vantisa; Ihr täuscht mich nicht. . . ich habe nie gesehen, daß Vantisa Gull in Hinterstücken um Geld spielt. . . oder kommt Ihr her, um Euer Geld mit Absicht zu verlieren?“

„Wie meint Ihr das?“

(Fortsetzung folgt.)

Nein — da gilt's, etwas genauer zu sein und zu sagen, wie wir in der vorigen Donnerstagsnummer vorschlugen: Des Volkes Wohl ist das oberste Gesetz. Das Volk weiß am besten, was ihm frommt und es braucht keine Vorwände. —

Eine Musterenquête. Im Ministerium für Handel und Gewerbe werden gegenwärtig die Fragebogen für die Stichproben-Zählung ausgearbeitet, welche zum Zweck der Gewinnung einer Uebersicht über die Verbreitung des Handwerks in seinen verschiedenen Abstufungen veranstaltet werden soll. Daß wir derartige Erhebungen für werthlos halten, ist selbstverständlich. Will die Regierung über diese Verhältnisse die volle Wahrheit erfahren, so hat sie eine das ganze Reich und alle Betriebe erfassende Enquête zu veranstalten. Kommt es ihr auf etwas anderes an, dann unterlasse sie lieber die Erhebungen ganz, denn selbst wenn sie die besten Absichten haben sollte, wird ihr nachgelagt werden, daß sie bei der Auswahl der Stichproben tendenziös vorgegangen sei. —

Die Landtagswahlen in Württemberg. Die Wahlkraft ist geschlagen und die Sozialdemokratie ist mit den Erfolgen zufrieden. Wenn auch der Sieg noch nicht ganz erkämpft wurde, so ist doch schon jetzt der moralische Erfolg großartig. Die Genossen haben freilich keine Mühe und Arbeit gespart; wochenlang waren sie in fieberhafter Thätigkeit, und obwohl ungeheure Schweißmassen ihnen den Weg versperrten, obwohl von Seiten der Gegner alles gegen die Sozialdemokratie aufgebracht wurde, ließen sich die Genossen nicht abschrecken, ihre Pflicht zu thun.

Das schwäbische Volk hat sein Urtheil gesprochen, es hat die heutige Gesellschaftsordnung verurtheilt. Wie ja schon mitgeteilt, kommt die Sozialdemokratie in 5 Wahlbezirken in Stichwahl. Dieses Resultat ist über Erwarten günstig. Mit dem „antifolkloristischen Bauernschädel“ des Herrn Schäffle ist es somit nichts mehr. In Württemberg ist ja das Kleinbürgertum und Kleinbäuerentum noch zu Hause, aber der schwäbische Michel ist eben im Erwachen begriffen.

Die Zusammenfassung des Landtags wird diesmal ein ganz anderes Ansehen bekommen, als diejenige des verflochtenen. Die „radikalen“ Stimmen sind im Lande seit der letzten Wahl bedeutend angewachsen.

Gewählt sind bis jetzt nur 7 von der Deutschen Partei (den württembergischen Nationalliberalen), während 17 von der Volkspartei (darunter die Reichstags-Abgeordneten Schmidt, H. Hausmann, Fr. Hausmann, Boyer), von dem neugegründeten Zentrum sind 16 gewählt, ferner 4 Parteiloze. Verloren hat die Deutsche Partei 7 Bezirke, die Landspartei (die von der Deutschen kaum zu unterscheiden ist) 14 Bezirke, die Volkspartei 7 Bezirke.

Gewonnen hat die Deutsche Partei 1 Bezirk, die Volkspartei 9 Bezirke. Im ganzen sind 25 Stichwahlen notwendig.

Daß die Sozialdemokratie in 5 Stichwahlen kommt (mit der Deutschen Partei, der Volkspartei und dem Zentrum), liegt den „Ordnungsmännern“ schwer im Magen. Der „Schwäb. Merkur“ jammert: „Die bürgerlichen Parteien haben jetzt Gelegenheit, zu zeigen, ob es ihnen Ernst ist mit der entschiedenen Bekämpfung der Sozialdemokratie.“

Bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1889 wurden in ganz Württemberg 10 641 sozialdemokratische Stimmen abgegeben (von 70 Wahlbezirken fiel in 44 keine einzige Stimme), während diesmal Stuttgart Stadt und Amt allein 10 082 St. aufbrachte. In einigen Ortshäusern des flachen Landes, in denen früher überhaupt nicht sozialdemokratisch gestimmt wurde, fielen diesmal über 100 Stimmen; in anderen kamen diesmal 500 bis 1000 zum Vorschein. Man kann getrost sagen, die Arbeit war nicht umsonst gethan.

Eine Gesamtübersicht über die sozialdemokratischen Stimmen läßt sich noch nicht geben; wir werden in den nächsten Tagen darauf zurückkommen.

Was nun die fünf Stichwahlen betrifft, an denen die sozialdemokratische Partei theilnimmt, so ist es fraglich, ob eine und welche zum Siege führt, denn die bürgerlichen Parteien werden alle Hebel in Bewegung setzen, um den Einzug der Sozialdemokratie in den Halbmondsaal zu verhindern.

In Stuttgart-Stadt erhielt Genosse Klotz 7616 Stimmen, Rechtsanwalt Dr. Schall (Deutsche Partei) 3822, Gemeinderath Fischer (Volkspartei) 3495, Kaufmann Müller (Konf.) 1937, Greßer (Zentr.) 500. Stichwahl. 1889 erhielt Dult 3091. In Stuttgart-Amt: Genosse Böhler 2356 Stimmen, Fabrikant Kraut (Volksp.) 1981, Kaufmann Müller (Deutsche Partei) 1907. Stichwahl. 1889 erhielt Klotz (Stuttgart-Amt) 700 Stimmen.

In Cannstatt: Genosse Gemeinderath Glaser 2695, Bankier Pfaff (D. P.) 2077, Gemeinderath Seih (Volksp.) 1885 Stimmen. Stichwahl. 1889: 484 sozialdem. Stimmen.

In Gillingen: Genosse Schlegel 2087, Reichsgerichtsrath a. D. v. Gsch (D. P.) 2185, Gemeinderath Schwarz (Volkspartei) 1560 Stimmen. Stichwahl. 1889: 1424 sozialdemokratische Stimmen.

In Heilbronn: Genosse Klotz 1490 Stimmen, Rechtsanwalt Rembold (Zentrum) 2346, Fabrikant Haas (D. P.) 534, Hotelier Wagner (Volksp.) 500 Stimmen. Stichwahl. 1889: 72 sozialdemokratische Stimmen.

Ein bedauerliches Resultat lieferte nur die Stadt Heilbronn. Während im Jahre 1889 daselbst 1014 sozialdemokratische Stimmen fielen, wurden diesmal nur 594 Stimmen abgegeben. Der Grund zu diesem großen Stimmenrückgang ist in den dortigen persönlichen Streitigkeiten, über die wir ja schon vor einigen Wochen berichteten, zu suchen. Aber nicht nur unsere Partei, sondern auch andere Parteien machten dort schlimme Erfahrungen, da der bekannte Oberbürgermeister Vogelmeier die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigte und somit mit der Volkspartei in Stichwahl kommt.

Das Ergebnis der Stichwahlen, dessen Termin noch nicht bekannt ist, wird zeigen, ob das württembergische Volk geneigt ist, wirkliche Volksvertreter in den Landtag zu entsenden. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls auf dem Posten sein und ihr möglichstes thun, unsere Kandidaten durchzubringen.

Ein Vorbote des Umsturzgesetzes. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Nürnberg meldet, wurde die sozialdemokratische „fränkische Tagespost“ (von Grillenberger) polizeilich beschlagnahmt. Der Redakteur des Blattes wurde wegen Vergehens gegen die Religion in Untersuchungshaft genommen. —

Die Säulen der antisemitischen Partei stürzen eine nach der anderen. Eben erst ist der Abg. Ahlwardt aus der deutsch-sozialen Reform-Partei ausgeschlossen worden, da giebt auch schon Dr. Bödel seinen Abschied. Dieser hat an seinen bisherigen Parteigenossen Liebermann v. Sonnenberg folgendes Schreiben gerichtet:

Da Sie den Reichstags-Abgeordneten Ahlwardt aus der Fraktion ausgeschlossen und damit öffentlich dokumentiert haben, daß Sie eine Einigkeit aller Antisemiten nicht mehr wünschen, so beehre ich mich, Ihnen mitzutheilen, daß ich hiermit meinen Austritt aus der Fraktion der Deutsch-sozialen Reformpartei erkläre. Zu diesem Entschlusse veranlaßt mich außerdem noch die freisinnige Haltung zur Umsturzvorlage. Da ich mit reaktionären Bestrebungen keine Gemeinschaft zu haben wünsche, so halte ich es für das Beste, schon jetzt aus der Fraktion auszuscheiden. Indem ich Ihnen und den Herren von der Fraktion

auf dem bereiteten Wege den gebührenden Erfolg wünsche, verbleibe ergebener Dr. Bödel, M. d. R.

So sagen sich die Judenfreier gegenseitig ungeheure Grobheiten. Nicht hat Herr Dr. Bödel allerdings, wenn er die antisemitische Partei reaktionärer Bestrebungen und einer freisinnigen Haltung bezichtigt. Schade nur, daß die Bestrebungen des Herrn Dr. Bödel ebenso reaktionär sind. Oder glaubt er etwa, daß seine Judenfreier ein Kulturfortschritt sei? —

Das Bundesgesetz für die diplomatische und konsularische Vertretung der Schweiz im Auslande ist mit 171 782 gegen 122 396 Stimmen in der Volksabstimmung abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten hatten auch gegen das Gesetz gestimmt. —

Zur Anarchistenausscheidung aus der Schweiz wird und aus Zürich noch geschrieben:

Nicht 12, wie zuerst gemeldet, sondern 19 „Anarchisten“ hat der Bundesrath aus der Schweiz ausgewiesen. Wir sehen Anarchisten in Gänsefüßen, weil mehrere der Ausgewiesenen Sozialdemokraten sind und energisch gegen die ihnen vom Bundesrath aufgedrängten anarchistischen Titel protestieren. Diese polizeiliche Vergewaltigung hat denn auch den Gemeinderath von Zug an veranlaßt, bei der Kantonsregierung in Bellinzona gegen das Verfahren zu protestieren, da nach seinem Dafürhalten mehrere der Gemeindeglieder Sozialdemokraten und keine Anarchisten seien! Leider wird der Protest kaum Erfolg haben.

Gegen ein demokratisches Blatt wegen der Ausweisung polemisirend, sagt der Basler „Vorwärts“: Wir haben die politische Polizei und das sogenannte Anarchistengesetz von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft, weil wir von ihr eine Bedrohung der politischen Freiheit befürchteten und die Erfahrungen haben uns vielfach Recht gegeben. Die bundesrathlichen Motive für die Anarchisten-Ausscheidungen sind oft geradezu lächerlich, hat man doch schon die harmlosesten Leute einzig einiger unbedachten Aeußerungen oder gar nur lediglich ihrer anarchistischen Gesinnung wegen ausgewiesen. Das nennen wir eine Schmach für das „Land der Freiheit“! — Diese Stellungnahme des Basler „Vorwärts“ ist sehr zu begrüßen und es wäre nur weiter zu wünschen, daß die ganze schweizerische Arbeiterpresse und die ihr nahestehende demokratische Presse ebenfalls entschiedene Stellung gegen die immer bedenklicher werdende Praxis des Bundesanwalts in Bern nähme. —

Henri Rochefort, der Mann, der sich um die Bekämpfung des Kaiserthums Napoleon III. unvergessliche Verdienste erworben hat, der zur Zeit der Kommune wader seine Pflicht erfüllte und in Neu-Kaledonien dafür „büßte“, dessen abenteuerliche Flucht aus dem Deportationsort das größte Aufsehen erregte, der hierauf unermüdet für die Amnestie der Märtyrer der letzten proletarischen Revolution eingetreten ist, und später leider seinen ruhmvollen Namen durch das Zusammengehen mit Boulanger besudelt hatte und infolge dessen ins Ausland fliehen mußte, ist jetzt infolge der allgemeinen Amnestie nach Paris zurückgekehrt und bei seiner Heimkehr von hunderttausenden begeisterten Menschen begrüßt worden. —

Französische Bourgeoisblätter, z. B. „Siecle“ und „Temps“, wiederholen anläßlich der Debatte über die Diktatur in China, Vothbringen die alte Gemeinheit, die deutschen Sozialisten seien im Grunde ebenso chauvinistisch wie die deutsche Regierung, deren Eroberungs- und Annexionspolitik sie unterstützen. Die Gemeinheit der betreffenden Skribenten wird höchstens von ihrer Dummheit übertroffen. Und die französischen Arbeiter, die man gegen uns aufheben will, lachen die Herren nur aus. —

Für den Vimetallismus erklärte sich der französische Ministerpräsident in der Kammer, doch gestand er zu, daß dies eine internationale Abmachung eine Wiederaufnahme der Silberprägungen ermöglichen könne. —

Crispi braucht Anarchisten zur Stütze seines wackligen Regimes. Aus Rom wird hierüber gemeldet:

Infolge einer heute bei den Anarchisten Ravaglia und Capelli in Rom vorgenommenen Handlung wurden beide verhaftet, da Embleme mit anarchistischen Aufschriften, Bombenwerkzeuge und drei Bomben bei ihnen gefunden wurden. Ravaglia räumte ein, er habe diese Bomben verfertigt und habe auch die Bomben am Tage der Verhaftung Paul Pegg's und am Abende des 20. September vorigen Jahres geworfen. Er fügte hinzu, er habe sich gerade heute vorgenommen, nächsten eine der heute in seiner Wohnung beschlagnahmten Bomben zu werfen. Außer den Genannten wurden noch zwei Mischkudige verhaftet. —

Die Nachwahlen in Bulgarien wurden vollzogen unter dem üblichen gouvernementalen Druck und unter den ebenso üblichen Bethörungen der Regierung, daß die Wahlen vollständig frei und unbeeinflusst durch irgend ein beherrschendes Eingreifen stattfinden werden. Wolff's Bureau meldet über das Wahlergebnis das folgende:

Bei den gestrigen zwanzig Nachwahlen zur Sobranje wurden achtzehn Gouvernements und zwei Oppositionelle, darunter Karawelow in Ragrad, gewählt. Tontschew, Stambulow, Zantoff, Ludebanow, Orklow, General Nikolajew, Major Popoff und Gallabasschew sind unterlegen. Die Anhänger Stambulow's, Nadoslawow's, Karawelow's und Zantoff's wählten an mehreren Orten gemeinsam. Die Wahlen vollzogen sich ohne ernstlichere Zwischenfälle.

Ueber die Vorgänge am Wahltag berichtet Gerold's Bureau aus Sophia:

Von mehreren Seiten aus dem Innern des Landes wird bestätigt, daß die gestrigen Nachwahlen zur Sobranje unter starkem Druck und ungesetzlicher Nachhilfe der Regierung sich vollzogen haben. In Lirnowa schritt Militär gegen die Wähler mit blanker Waffe ein, zahlreiche Verwundungen kamen vor. Stambulow's Freunde hatten dort seine Kandidatur aufgestellt. In anderen Orten wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Die Unruhen in Brasilien. Ueber die am 29. Januar gemeldeten Unruhen in Rio de Janeiro sind der brasilianischen Gesandtschaft in Rom offizielle Telegramme zugegangen, aus denen hervorgeht, daß schon am 31. die Ruhe vollständig wiederhergestellt war, daß die Ausföhrungen, welche auf einige Straßen im Zentrum der Hauptstadt beschränkt geblieben sind, von fanatischen Anhängern der letzten Präsidentschaft, die unzufrieden mit den aus Sparsamkeit, Gerechtigkeit und Veröbnerungsdrängen getroffenen Maßregeln waren, veranlaßt, aber angesichts der energischen Haltung der ganzen Bevölkerung zu gunsten der Regierung ausgegeben worden sind, und daß der Kommandant der Militärschule verhaftet worden ist.

Wie viel an diesen „offiziellen“ Telegrammen wahres ist, muß natürlich abgewartet werden. —

Madagaskar. Aus London wird telegraphirt: Nach Meldungen aus Majunga (Madagaskar) vom 25. v. M. wurden die dortigen von Wassen entblößten Forts am 14. Januar bombardiert. Die Howas leisteten keinen Widerstand und zogen sich ohne Verlust zurück. 450 Mann französische Marine-Infanterie besetzten am 16. Januar die Stadt, über welche der Belagerungszustand verhängt wurde. Die Geschäfte stellten. Das französische Geschwader bombardirt die Forts auf dem Flusse Itopa.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan sind abgebrochen. —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 4. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Hammerstein und Kommissarien. Das Haus setzt die zweite Beratung des Staatshaushalts-Gesetzes für 1895/96 fort und zwar beim Spezialetat der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Eine Petition des Direktors Zacharias in Bismarck, welcher beantragt, die Unterhaltungskosten der dortigen biologischen Station fünf Jahre in den Staatshaushalts-Stat einzustellen, beantragt die Budgetkommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Rasch (konf.) in Bismarck wohnhaft, empfiehlt die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Wichow tritt besonders für den Antrag ein: Die Aufgabe, die Herr Zacharias sich gestellt hat, hat er mit ungewöhnlichem Erfolge durchgeführt. Wir befinden uns allerdings in einer finanziell sehr bedrängten Lage, worunter auch die wissenschaftlichen Arbeiten leiden müssen. Wir geben im Reich jährlich für die Station in Neapel erhebliche Summen aus; wir haben auch die Station in Belgien, aber für die Landseen ist die wissenschaftliche Forschung ganz erheblich vernachlässigt. Dr. Zacharias hat es verstanden, die allgemeine Aufmerksamkeit auf seine Arbeiten zu lenken; er hat seine Befähigung genügend nachgewiesen durch seine früheren Studien und Arbeiten. Namentlich konzentriert er seine Aufmerksamkeit auf den Bismarck-See, weil man bei kurzer Arbeitszeit an dieser und jener Stelle keine gründlichen Kenntnisse der Verhältnisse erwirbt. Die Beobachtungen müssen während des ganzen Jahres zu verschiedenen Jahreszeiten stattfinden. Praktische Erfolge stehen allerdings hier nicht in erster Reihe in Frage; es handelt sich darum, Beobachtungen zu machen. Deshalb ist auch der Fischereiverein mit seinen mehr praktischen Zielen nicht die richtige Instanz für die Leitung. Die Untersuchungen in Bismarck haben gezeigt, wie wenig man eigentlich von den Verhältnissen wußte, es hat sich herausgestellt, daß das Plankton des Meeres seine Analogie in den Bismarck-Seen hat.

Der Antrag Rasch wird mit großer fast an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen.

Darauf folgt die Beratung der einmaligen Ausgabe. Beim Titel 200 000 M. als zusätzliche Rate zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiete führt

Abg. Kraus (natl.) aus, daß, wenn die Notlage der Landwirtschaft groß sei, die der Landwirtschaft in der Eifel am größten sei. Das Staatsmittel für die Eifel angewendet würden, sei selbstverständlich und notwendig; aber es ist zweifelhaft, ob die Verwendung immer eine zweckmäßige gewesen sei. Man hätte den Leuten Zuschüsse geben und ihnen die Unternehmungen selbst zur Ausföhrung überlassen sollen. Eine gesunde Eisenbahnpolitik könnte ebenfalls Wandel schaffen. Vorhandene Maßregeln sind besser, als die Abhilfe erst eingetretener Nothstände. Immer prächtiger entwickeln sich die Städte, während das Land zurückgeht an Bevölkerung und an Erwerbsfähigkeit. Der Industrie müßte Beschäftigung gegeben werden, dann könne sie auch die höheren Lebensmittel-Preise bezahlen. Denn an die Lehre von den alleinseligmachenden billigen Lebensmitteln glaubt heute nur noch der Nachtrag einer längst überwundenen Ära.

Landwirtschaftsminister von Hammerstein: Der Eifel-Fonds wird verwendet durch eine zu diesem Zwecke bestellte Kommission, bestehend aus Vertretern der Staatsverwaltung und der Provinzialverwaltung, welche ihrerseits auch erhebliche Mittel aufwendet; darin liegt eine volle Garantie für eine zweckentsprechende Verwendung. Die Bewohner der Eifel sind wohl ebenso zäh und kräftig wie die Bewohner anderer Gebiete. Auf die Eisenbahnfrage kann ich wohl nicht weiter eingehen; das gehört zum Eisenbahn-Gesetz.

Abg. Jerusalem (Z.) erhebt ebenfalls Widerspruch dagegen, daß die Bewohner der Eifel nachlässiger seien als die Bewohner anderer Gebiete.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Fonds zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen sind 500 000 Mark (100 000 Mark mehr als im Vorjahre) aufgesetzt worden.

Abg. v. Pappenheim (L.) will die Mythe zerstören, als ob nur der Osten unterhaltungsbedürftig sei; im Westen merke man auch die Nothlage der Landwirtschaft. Redner bittet den Minister, den Fonds, der in diesem Jahre auf die Provinzen Brandenburg und Sachsen ausgedehnt sei, im nächsten Jahre auf die westlichen Provinzen auszuweiten.

Der Titel wird bewilligt.

Neu eingestellt sind folgende extraordinäre Verstärkungen der Dispositionsfonds des laufenden Etats: 100 000 M. zu wissenschaftlichen und Beihilfen; 70 000 M. Prämien für die Zucht von Gänzen und Stuten; 90 000 M. zur Förderung der Zucht anderer landwirtschaftlicher Thiergattungen und des Vollerwerbs und 90 000 Mark zur Förderung der Landkultur im allgemeinen.

Nach kurzer Debatte werden die Titel bewilligt.

Im letzten Titel der einmaligen Ausgaben werden 90 000 M. verlangt als extraordinäre Unterhaltung des Fonds zur Herstellung eines Verbindungskanals von dem Süd-Nordkanal nach dem holländischen Noogeveen-Kanal.

Abg. v. Pappenheim bittet den Titel in die Budgetkommission zurückzuverweisen, um verschiedene Bedenken zu prüfen, namentlich ob die Wasserverhältnisse richtig geordnet sind und ob nicht den Holländern ungerechtfertigt die Konkurrenz auf deutschen Gewässern erleichtert wird. Es frage sich überhaupt, ob der Titel zur landwirtschaftlichen Verwaltung oder nicht vielmehr zur Bauverwaltung gehört.

Minister v. Hammerstein: Ein Verkehrskanal steht hier nicht in Frage; es handelt sich um einen der Kanäle, die seit mehreren Jahren im Emslande gebaut sind, um die Noordströme in Kultur zu nehmen. An zwei Stellen ist eine Verbindung der Kanäle mit den holländischen Kanälen in Aussicht genommen worden. Für den auswärtigen Import hat der Kanal keine Bedeutung. Die große Melioration im Moorgebiet ist nun einmal angefangen; nun den letzten Rest der Vollendung aufzuschieben oder aufzugeben, hätte keinen Sinn. Es handelt sich um die Vermehrung desjenigen Gebietes, auf dem wir Getreide bauen können. Weiteres als ich jetzt gesagt habe, wird die Regierung auch in der Budgetkommission nicht sagen können.

Abg. Graf v. Limburg-Stirum erklärt sich für die Zurückverweisung an die Kommission, welchem Antrage sich Abg. v. Suerbe (Z.) anschließt; beide heben hervor, daß damit etwas Unangenehmes für den Minister nicht verbunden sei.

Der Titel wird der Budgetkommission überwiesen.

Damit sind die einmaligen Ausgaben des landwirtschaftlichen Etats erledigt. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Errichtung einer General-Kommission für die Provinz Ostpreußen.

Abg. Baasche (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dieser Vorlage, namentlich um dadurch die Rentengutsbildung zu fördern; gerade für den Osten besteht ein großes sozialpolitisches Bedürfnis, solche Anstalten zu fördern. Aber es würde Sache einer Kommission sein, zu prüfen, ob die überschießende Bildung von Rentengütern weitergeführt werden soll, oder ob nach anderen Grundrissen verfahren und auf die Gemeinde- und Wegeverhältnisse nicht mehr Rücksicht genommen werden muß. Die Vorwürfe der Rentengüter entsprechen nicht immer den Verhältnissen; sie scheinen vielfach viel zu hoch veranschlagt zu sein. Dadurch werden Existenzen geschaffen, die den Kampf ums Dasein nicht aushalten können. Die innere Kolonisation kann nicht bloß den Zweck haben, möglichst schnell Leute anzusiedeln, sondern sie kann nur den Zweck haben, möglichst leistungsfähige Ansiedler zu schaffen. Die General-Kommission soll

sich abmühen, mit staatlichen Mitteln und staatlichem Kredit deutsche Ansiedlungen zu schaffen. Es werden aber durch die Rentengüter polnische Ansiedlungen geschaffen. Für eine einzige Nationalität sollen allerdings diese Rentengutsbildungen nicht bestimmt sein; aber die Kompetenzen der General-Kommission und der Ansiedlungskommission müssen so abgegrenzt werden, daß die eine die Thätigkeit der anderen nicht geradezu durchkreuzt. Redner empfiehlt die Vorberatung in einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. v. Jellig (fr.) hält es ebenfalls für notwendig, die Thätigkeit der General-Kommission zu prüfen, ob die dagegen sich geltend machenden Bedenken begründet sind oder nicht. Es muß nicht bloß auf die Zahl der Ansiedlungen gesehen werden, sondern auch darauf, ob die Ansiedler sich dauernd halten können. Es wird sich fragen, ob man den General-Kommissionen so außerordentliche Kompetenzen zusprechen darf, als es bisher geschehen ist. Die General-Kommissionen sind an die Stelle der Ortspolizei getreten, die Ortsbehörden sind aus dem ganzen Verfahren vollständig ausgeschlossen. Das ist im Interesse der Einheit des Rechts und der Einheit der Verwaltung sehr wenig wünschenswert.

Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein: Die Frage bildet bereits im Schooße der Staatsregierung einen Gegenstand der Erwägung; es wird untersucht, wie weit die Behauptungen zutreffen, welche hier aufgestellt worden sind. Die Rührhände, die sich herausgestellt haben in dem Verhältnis zwischen der Ansiedlungskommission und der General-Kommission, bilden einen Gegenstand der Erwägungen der Staatsregierung.

Es entspinnt sich hierauf eine längere Debatte, in der sich die polnischen Abgeordneten über Ungerechtigkeiten den Polen gegenüber seitens der preussischen Verwaltung beklagen. An der Debatte betheiligen sich die Abg. v. Czarlinski, Herrmann, v. Tiedemann, Wigerdt, Graf Limburg-Stirum und Sattler.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Debatte bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Umsturzkommission. Zur Beratung stand heute der § 112. Es handelt sich um die Aufhebung und Verleitung zum Ungehorsam gegen die Angehörigen des deutschen Heeres. Dazu liegt ein Antrag Barth vor, im Pressegesetz vom 7. Mai 1874 einzuschalten als § 5a:

Wer unbefugter Weise nicht von bestimmten Empfängern bestellte oder an solche adressierte Drucksachen politischen Inhalts in größerer Anzahl in Kasernen oder in unrichtigen zum ausschließlich militärischen Gebrauch dienenden Grundstücken niederlegt, wird mit Geldstrafe bis zu 50 M., im Wiederholungsfall nach zuvor wegen dieser Übertretung erfolgter Verurteilung mit Geldstrafe bis 150 M. oder mit Haft bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der Drucksachen politischen Inhalts in größerer Anzahl in unmittelbarer Nähe von Kasernen oder von Grundstücken der bezeichneten Art in der Absicht niederlegt, daß die Exemplare von den daselbst verkehrenden Militärpersonen gefunden und gelesen werden.

Ferner ein Antrag der Konservativen: „In den Fällen des Absatz 1 und 2 kann auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt der Regierungsvizepräsident, daß die in der Presse vielfach verbreitete Auffassung, als ob die Regierung den Dualparagrafen in die Vorlage aufnehmen wollte, für unrichtig. Generalleutnant Spitz: Von diesem Paragraphen sollen alle Verordnungen, die von irgend einer politischen Partei ausgehen und geeignet sind, die Manneszucht in der Armee zu lockern, getroffen werden. Die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter sollen nicht herangezogen werden. Besonders handelt es sich um die sozialistische und anarchistische Propaganda. Das Kriegsministerium ist überzeugt, daß die Gewalt heute von der Sozialdemokratie nicht angewendet wird, weil sie nach einem Gebot der Klugheit handelt. Redner zitiert: Bebel habe einmal in einer Versammlung gesagt: „Zu dem Mittel der Gewalt greifen wir nicht, wollten wir dies, wo bekämen wir die Waffen her. In einem solchen Kampf gehören Waffen. Unsere Gegner sind im Besitz dieser Kampfmittel und nicht nur dieser, sondern auch der Bildungsmittel. Die Sozialdemokratie hat nicht die Macht, die Bajonette zu bekommen. Wir müssen die Träger der Bajonette für uns gewinnen. Dies muß durch Schule, durch Bildung geschehen.“ Die Bildung, von der die Sozialdemokratie redet, ist weiter nichts, als ein Abrichten zu politischen Parteizwecken. Der Zweck ist die Vernichtung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Was soll aus einem Staat werden, wo solche Tragezeichen gesetzt worden? Nichts anderes, als was uns die Mythe erzählt. Die Militärverwaltung hält es für ihre Aufgabe, diesen Ausschreitungen durch Gesetze entgegen zu treten, und damit ihre erste Pflicht nach außen und innen zu erfüllen.

Barth: Nach den Motiven der Regierung handelte es sich nur um anarchistische Bestrebungen. Daran ist jetzt nach der Erklärung des Vorredners nicht mehr zu denken. Die Vorlage richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Ich habe in meinem Antrag gezeigt, wie einige Fälle konkreter Art gesagt werden können.

Bebel: Der Herr Generalleutnant v. Spitz hat sehr offen erklärt, daß es sich eigentlich hier nach meiner Auffassung um ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie handelt. Ich bin nicht der Meinung, daß alle Anarchisten Wahnsinnige sind. Es giebt auch unter ihnen Leute, die theoretisch den Anarchismus zu begründen suchen, und unter diesen auch Leute, die von der Gewalt abstrahen. Leute, die glauben, durch ihre Taktik, Propaganda der That, die Welt über den Haufen zu rennen, haben bisher immer das Gegentheil erreicht. Es ist uns bekannt, daß die Militärverwaltung vor kurzem in allen Kasernen Hausdurchsuchungen abhielt. Warum wird uns das Resultat nicht mitgeteilt? Kein Parteigenosse wird den Versuch machen, unsere Lehre in der Armee zu verbreiten, weil er weiß, daß nicht nur er, sondern vor allen Dingen der betreffende Soldat eine schwere Strafe zu erwarten hat. Wo ist aber die Grenze bei den Bestrebungen der Arbeiter zur Erreichung einer besseren Lage und derjenigen, die auf den Umsturz gerichtet sind? Die Erkenntnis des Herrn Generalleutnants, daß die Sozialdemokratie jetzt erst zu dem internationalen Standpunkt gekommen ist, ist ganz neu. In Wirklichkeit steht die Partei seit ihrem Bestehen auf diesem Standpunkt. Das zitat aus meiner Rede beweist gar nichts. Motive für ein Nichtathandeln können doch nicht als Strafgrund angeführt werden. Wir können die Leute vor Gewaltthätigkeiten nicht zurückhalten, wird gesagt, dann werden sie die ganze Schwere unserer heutigen Gesetze zu fühlen bekommen müssen. Wer nicht hören will, muß fühlen. Die sozialdemokratische Partei hat stets in der Presse und Versammlungen vor solchen Thatsachen und gefährlichen Begängen gewarnt. Wenn die Absicht besteht, alles zu unterdrücken, was sozialdemokratisch denkt und fühlt, dann schaffen sie doch einen Paragraphen, in dem es heißt: Den Sozialdemokraten wird der Kopf abgeschlagen, damit sie nicht mehr denken können, oder sie werden nach den Kolonien geschickt. Disziplin muß sein — wir wollen ein Volkstheuer — aber über das Maß der Disziplin sind wir anderer Meinung. So lange es Sozialdemokraten giebt, werden auch im Heere Mitglieder dieser Partei sein. Die Gesellschaft kommt mir vor wie eine Insel. Die Bewohner merken, daß die Fluth immer höher steigt und die Insel der Vernichtung andeinhallen muß. Sie versuchen mit allen Mitteln ihr Bestehen zu halten. Selbst in streng konservativen Kreisen herrscht eine vernünftige Ansicht über die Sozialdemokratie, als hier zu Tage tritt. Die allgemeine konservative Monatschrift für das christliche Deutschland hat offen ihre Bedauern darüber ausgesprochen, daß viele

Konservative in der Sozialdemokratie eine Gesellschaft von despotischen Leuten sehen, die sich ausnehmen gegen göttliche und menschliche Ordnung und die nicht eher zur Ruhe kommen, bis erst einmal ordentlich die Repetiergewehre dazwischengepfiffert haben. Dieser brutalen Ansicht gegenüber steht die genannte Zeitschrift einmüthig die sozialdemokratische Partei als die einzige an, die die schweren Leiden des vierten Standes voll auf sich nimmt und anerkannt deren Interesse müthig vertritt und ganz zweifellos von der Vertretung dieser Interessen auch nicht ablassen wird, selbst wenn man noch drakonischere Strafbestimmungen erfindet und nicht den Staatsanwalt, sondern die Repetiergewehre spielen läßt. Das ist das unverdächtige Zeugnis eines ehrlichen Konservativen! Man ärgert sich, daß die Sozialdemokratie nicht zu Gewaltmaßregeln greife und unterstelle ihr deshalb mit großem Nachdruck die Absicht dazu. Zu welchen Auslegungen kann der Paragraph benutzt werden? Die der Sohn bei den Eltern den „Vorwärts“, so können diese nach der gegenwärtigen Fassung des Paragraphen bestraft werden. Redner giebt einige andere Beispiele an. Man ist in einer Situation, in der man sich nicht mehr zu halten weiß. Es muß etwas geschehen — aber was? Das Ende vom Liede ist die Unterdrückung der Sozialdemokratie, nicht die Vernichtung.

General Spitz: Der Gesetzgeber muß erwägen, ob nicht der Zeitpunkt eintreten kann, wo nicht mehr bei der Sozialdemokratie nach der Klugheit gehandelt wird — er muß vorbeugen. Wir fühlen, wie die Dinge liegen. Die Armee ist bedroht. Wenn Herr Bebel Beweise haben will, erklärt er stets, sie genügen ihm nicht, selbst dann nicht, wenn wir sie ihm in einigen Mito vorlegen.

Der Generalauditeur läßt sich etwas näher über die Art der Verbreitung der Flugblätter aus. Die Verbreitung geschieht anonym durch die Post auf den Exercierplätzen, auf dem Wege zu den Exercierplätzen. Ein Jägerbataillon erhält von einem Fabrikanten eine Sendung Pfeisen. Bei dem Auspacken stellt sich heraus, daß zur Emballage der „Vorwärts“ benutzt ist. Jede Pfeise ist in ein Exemplar des „Vorwärts“ gewickelt. Ein Flugblatt ist gerichtet: An unsere Brüder in der Armee. Redner verliest mehrere Stellen, dasselbe schließt mit dem Passus: Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion! Redner zitiert weiter ein Flugblatt an die mürttembergische und an die bayerische Armee, sowie einige Neuheiten aus Volksversammlungen. Der Redakteur Dr. Gradnauer hat sich gerührt, Agitation in der Armee betrieben zu haben. In der Kneipe sagte jemand zu einem Soldaten: Ihr braucht dem Vorgesetzten nicht zu gehorchen! Er muß Euch gehorchen! Die bisherigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches genügen nicht, um diese Fälle zur Bestrafung zu bringen.

Graf Noa (L.): Ich hatte in den Motiven sehr vermehrt, daß sich dieser Paragraph nicht gegen die Sozialdemokratie richtet. Jetzt bin ich erkeint. Vegetieren können sich meine Parteifreunde auch nicht für den Paragraphen. Wir müssen mehr haben. Der Angriff ist die beste Verteidigung, wir müssen zum Angriff vorgehen! Es muß dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß es durchaus nichts Ehrenhaftes ist, der Umsturzpartei anzugehören. Deshalb unser Antrag auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Spahn (Z.): In der Fassung wie Absatz 2 in diesem Paragraphen giebt es kein Verbrechen in ähnlicher Weise in irgend einem Staat. Diese Bestimmung könnte auch gegen die katholische Kirche angewendet werden. Soll auch der bestraft werden, der einen Soldaten zu einem Vergnügen mitnimmt, welches von Sozialdemokraten arrangirt ist? So wie der Paragraph jetzt ist, ist er unannehmbar.

Geheimrath Seidenpinner: Ich habe eine Reihe von Flugchriften, die mir anonym zugefandt wurden. Beim 52. Infanterie-Regiment ist ein Niederbuch gefunden, aus dem Redner einige Stellen vorliest. Ein zweites Niederbuch enthält Lieder, die nach Weisen gesungen werden sollen, die uns lieb und werth sind. Ein Soldat, der mit der Tochter eines Sozialdemokraten ein Liebesverhältnis unterhielt, erhält von dieser eines Abends einen Faust-Marschlein in die Hand gedrückt. Bei näherer Beschäftigung sieht der Soldat, daß es sich um ein Flugblatt handelt. 1892 wurden auf dem Exercierplatz in Halle an hundert Flugblätter gefunden. In einer Reihe von Orten, auch in Berlin sind Flugblätter an die Soldaten verteilt worden. In einer Versammlung in Stendal erklärte ein bekannter Sozialdemokrat Görges: Die Broschüre „O welche Lust, Soldat zu sein“, müsse unter den Soldaten verbreitet werden. Bei einem Tanzvergnügen ist folgender Fall passiert: Ein Arbeiter läßt diejenigen vortreten, die zum Militär eingezogen werden und hält eine Ansprache, in der er die Betreffenden auffordert, ihre Schuldigkeit für die Partei zu thun.

Enneccerus (natl.) vertheidigt die Regierungsvorlage und wendet sich gegen die Interpretation des Herrn Spahn.

v. Bucha (L.): Für uns ist der Paragraph der wichtigste. Ohne ihn ist das Gesetz für uns unannehmbar.

Barth (fr.) behauptet, daß nach dieser Fassung jeder bestraft werden kann, der einen Soldaten zu einem Vergnügen einladet. Sein Antrag will diese Möglichkeit beseitigen und nennt deshalb einige konkrete Fälle.

Geheimrath Seidenpinner: Man muß darauf bauen, daß die Gerichte eine vernünftige Anwendung von dem Gesetze machen. Das Mitnehmen zu einem Vergnügen kann nicht so ohne weiteres als unter § 112 fallend bezeichnet werden. Es muß die Absicht zu einer Verleitung vorhanden sein.

Stumm (fr.) wendet sich gegen den Antrag Barth. Für ihn kommen die Herren vom Zentrum für das Zustandekommen der Vorlage in Betracht. Er erklärt sich bereit, jeder Fassung zuzustimmen, die geeignet ist, die von Herrn Spahn bezeichneten Vorkommnisse zu vermeiden. Für das Kopfabschlagen sei er nicht, aber Kamerun könne er empfehlen; dahin sollte man die Agitatoren senden.

Bebel: Wie in allen anderen Fällen ist der Herr v. Stumm, wenn es sich um reaktionäre Bestimmungen handelt, der Regierung eine Nasenlänge voraus. Ich entkräufte mich nicht mehr über Herrn v. Stumm, er amüsiert mich nur noch. Wir müssen der Regierung sehr dankbar sein, daß sie so offen mit ihren Motiven herausgekommen ist. Danach ist alles, was ein Sozialdemokrat denkt oder thut, strafbar, selbst wenn er seine Ziele auf friedlichem Wege erreichen wird. Derjenige, der einen Soldaten zu einem Vergnügen mitnimmt, muß die Absicht haben, den Mann zu verleiten, sagt der Herr Geheimrath. Nichts ist leichter als dieser Nachweis. Dann wird man nicht sagen, der Betreffende mußte wissen, daß er zu einem Vergnügen geht, welches von Sozialdemokraten arrangirt ist. Redner geht näher auf das Material ein und zeigt, daß die Verfasser all dieser Flugblätter heute schon eine schwere Strafe wegen Vorbereitung zum Hochverrath und anderer Vergehen zu gewärtigen haben. Das Material ist uns ganz unbekannt. Bieleicht hatte man auch ein Interesse daran, dieses Material zu finden. Der Fall Gradnauer ist durchaus irrig dargestellt worden. Gradnauer hat nicht agitiert, er wäre sonst vom Militärgericht bestraft worden. Er hat die Auffassung gehabt, weil seine Kameraden auf ihn besonders aufmerksam gemacht wurden, er überhaupt der Gegenstand der aufmerksamen Beobachtung war, daß dieses Benehmen bei manchem die irrige Auffassung über die Sozialdemokratie ins Leben gebracht hat, weil sich manche einen Sozialdemokraten nur als einen schlechten Menschen vorstellen können. Wenn Sie den Thäter oder Verbreiter der Flugchriften nicht haben, so ist auch der § 112 unbrauchbar.

Der Generalauditeur beirreitet, daß die Flugblätter nach dem Strafgesetzbuch zu fassen sind. Der eine Thäter konnte nur zu dem höchsten Strafmaß, 2 Jahre Gefängnis, verurtheilt werden.

Lieber (Z.): Der Abg. Spahn hat sich nicht gegen § 112 gewendet, sondern gegen die unferle Erklärung des Generalleutnants Spitz. Herr Spahn hat sich mit dem Gedanken be-

schäftigt, daß das, was auch von uns als berechtigt anerkannt wird, in diesen Paragraphen Aufnahme findet. Wir müssen aber zunächst das Material gedruckt haben, also Zeit zur gründlichen Prüfung gewinnen. Nachdem läßt sich über die Sache reden. Wenn es sich um Hochverrath handelt, wird sich eine Fassung finden lassen, der wir zustimmen können.

Nach einer längeren Debatte, in der über den Druck des Materials verhandelt wurde, erfolgte die Vertagung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Lütticher Anarchistenprozeß.

(Original-Bericht.)

Lüttich, den 2. Februar.

In der heutigen Sitzung nahm Staatsanwalt Delwaide sein Plaidoyer wieder auf und führte die Charakteristik der einzelnen Angeklagten und der Rolle, die sie in der großen anarchistischen Verschwörung zu Lüttich gespielt haben sollen, zu Ende: Im 1892er Anarchistenprozeß wurde, so sagte er, Schiebach freigesprochen, aber er war, das ergeben die Akten, tief hineinverwickelt und nur seiner Geschicklichkeit, seinem System, alles abzuleugnen, sich hinter seine Schamhaftigkeit zurückziehen und nicht gehört und gesehen haben zu wollen, verdankte er es, wenn er damals einer Verurtheilung entging. Auch jetzt wendet er dasselbe System an. Der 92er Prozeß war gewissermaßen ein Schlag in einen Ameisenhaufen. Die Ameisen bauten den Haufen wieder auf und Schiebach hatte dabei die Führerrolle. Seine Wirthschaft war das Zentrum der anarchistischen Bewegung. Man darf sich durch sein würdevolles Äußeres nicht täuschen lassen. Er ist ein alter Fuchs. Länger als einen Tag wollte er auch Dynamit nicht im Hause haben; der Ruffe holte es bekanntlich bei ihm ab. Die beiden Schiebach standen Jagolowsky vollständig zur Verfügung. Sie standen mit ihm in Korrespondenz und vermittelten seine Bekanntschaft mit den übrigen Angeklagten. Die Fäden der Verschwörung wurden bei ihnen gesponnen, die einzelnen Thaten bei ihnen geplant und unter ihrer Mitwirkung vorbereitet. In einem Brief des Ruffen an Schiebach handelte es sich um die Angeklagten Broich, ob denn die „Lokomotive“ noch nicht fertig sei. Offenbar muß unter Lokomotive so viel wie Bombe verstanden werden. Es handelte sich um die Vorbereitung eines weiteren Attentats.

Der Staatsanwalt wendet sich nun der Persönlichkeit der beiden Angeklagten Arnold und Leblanc zu. An bestimmten Attentaten haben die beiden sich anscheinend nicht betheiligt. Wohl aber waren sie eifrige Mitglieder der Verschwörung und haben sich dadurch strafbar gemacht. Zwar gehörten sie nicht zu den Führern, aber sie waren Adepten im Anarchismus. Solche Adepten haben noch nicht die Hauptschlachten zu schlagen, aber sie werden gelegentlich verwendet. Für die beiden Angeklagten sind eine Menge Entlastungszeugen ins Feld geführt worden, die ihnen die besten Empfehlungen ausgestellt haben. Damit werden aber die Thatfachen nicht aus der Welt geschafft. Sie standen mit dem Ruffen, der die Attentate provoziert hat, in innigster Beziehung. Trotz aller Anstrengungen ist es unmöglich gewesen, die Wahrheit über Jagolowsky zu ermitteln. Soviel steht aber fest, daß es ein gefährlicher Mensch, ein Verbrecher war. Möglich, daß er ein Spion war, jedenfalls aber hat er auch denen gegenüber, die ihn bezahlten, als Verräther gehandelt. Ihn als komische, halb verrückte, nicht ernst zu nehmende Person behandeln zu wollen, wäre ganz verkehrt. Wenn er hier in Lüttich zuweilen diese Rolle spielte, so geschah es aus Rücksicht auf sein Publikum. Und mit diesem Menschen, von dem Leblanc zum Beispiel meinte, daß er aus Deutschland ausgewiesen und aus der französischen Fremdenlegation desertirt war, verkehrten die beiden Angeklagten auf das vertraueste. Der Ruffe machte aus seinem Herzen durchaus keine Mördergrube, er vertrat seine wahnsinnigen Ansichten öffentlich. Verdächtige Gesinde bildete seinen Verkehr. Und die beiden Söhne aus guter bürgerlicher Familie lebten sich mit ihm und einem Menschen wie Müller an denselben Tisch. Leblanc erzählt vom Ruffen, daß Müller das Dynamitattentat an der St. Jacques-Kirche verübt habe. Warum packt er daraufhin den Mann nicht an Fragen und schleppt ihn zur Polizei? Nein, er thut es nicht, er begleitet ihn ruhig zum Bahnhof und läßt ihn nach Maastricht abfahren. Auf dem Wege vom Bahnhof trifft er dann zwei Bekannte, die wir hier als Zeugen gehört haben, spricht mit ihnen vom Attentat und meint, es werde die Erstmaßeister führen. Er weiß, wer das Attentat verübt hat, wer der Anstifter gewesen ist, aber er vertritt die Schuldigen mit keiner Silbe. Beide Angeklagte reisen am nächsten Morgen nach Maastricht zum Ruffen, angeblich um das Geld, das sie ihm geliehen haben, zurückzubekommen. Wer soll ihnen das glauben? Geld haben sie jedenfalls nicht erhalten. Um was es sich handelte, hat die Untersuchung nicht feststellen können. Das geheimnißvolle Telegramm, das Jagolowsky unter dem Namen Richter von Maastricht aus an Arnold richtete und aus dem zwei Worten: Vertheilung, bestand, ist unaufgeklärt geblieben. Auch Arnold will angeblich nicht wissen, was der Ruffe damit gemeint hat.

Die Mittagspause tritt ein.

In der Nachmittags-Sitzung beendet Staatsanwalt Delwaide seine Anklage. Das Publikum setzt sich wieder wie am Vormittag fast ausschließlich aus Damen der Lütticher Bourgeoisie zusammen.

Arnold und Leblanc, so fährt der Redner fort, suchten bei ihrer ersten Vernehmung jede intimere Bekanntschaft mit dem Ruffen abzuleugnen. Das spricht nicht für ihr gutes Gewissen. Arnold behauptet, den Ruffen seit dem Nachmittag des 28. April nicht mehr gesehen zu haben. Dabei war er am Abend dieses Tages mit ihm noch bei Schiebach zusammen, dabei hat er ihn zum Bahnhof begleitet und in Maastricht aufgesucht. Leblanc wird dreizehn Tage lang täglich darüber vernommen, ob er nicht den Urheber der Attentate an der St. Jacques-Kirche und bei Dr. Menon kenne. Am 16. Mai entschließt er sich endlich einzuräumen, daß der Ruffe ihm Müller als den Thäter bezeichnet habe. So kann nur ein Komplize handeln. Ganz naiv sagt Leblanc beim Verhör noch hinzu, er habe deshalb nichts sagen wollen, weil der Ruffe ihm versprochen habe, auch nichts zu sagen. Nun zu der geheimnißvollen Karte, die Leblanc erhalten hat. Für ihre Verurtheilung haben wir einen bestimmten Fingerzeig. Als der Angeklagte Bach in Untersuchungshaft genommen war, schrieb er dem Gericht, daß er der Justiz einen großen Dienst leisten wolle, wenn er wieder in Freiheit gesetzt würde. Er sagte in seinem Briefe, er wisse ein Attentat, das in nächster Zeit in Szene gesetzt werden solle und das an Schrecklichkeit alle seine Vorgänger weit übertreffen werde. Welches Geheimniß wollte nun Bach verrathen? Noch hielt sich der Ruffe in der Nähe auf und bereitete seine „Lokomotive“. Bach erhielt keine Antwort von uns, er wurde nicht in Freiheit gesetzt, denn mit Verbrechern verhandelt man nicht, aber Bach gab doch im Laufe der Voruntersuchung einige weitere Andeutungen. Er war in Maastricht beim Ruffen gewesen. Neue fürchterliche Attentate waren dort geplant worden. Der Ruffe wollte einen letzten Trumpf ausspielen. Damit halte man den Wortlaut der bei Leblanc gefundenen Karte überein: „Warne die Genossen, weder ins Café Phare noch ins Café Venetien zu gehen. Nächstens sollen die Bourgeois dort „frassirt“ werden.“ Nach dem Gutachten der Schreibschaffverständigen hat der Ruffe diese Karte geschrieben. Leblanc kannte offenbar die Geheimnisse der Karte. Nun wird dies Gutachten von der Verurtheilung verurtheilt aus bestigste bekämpft werden. Man sollte aber in den Angriffen gegen die Schreibschaffverständigen nicht zu weit gehen. Ebenfalls könnte man dann auch den Werth der Aussagen unter dem Eide bezweifeln. Wie viel Meineide sind in diesem Prozeß nicht geschworen worden! Die

Karte rührt vom Ruffen her, das ist meine feste Ueberzeugung. Wie käme ein schlechter Spionvogel dazu, russische Schriftzeichen anzuwenden? Ich komme zum Schluß. Es liegt mir fern, Arnold und Leblanc mit den übrigen Angeklagten in eine Linie zu stellen. Die jungen Leute sind verführt worden. Das liegt so in der Zeit, in der wir uns befinden, der Zeit des Verfalls allen geistigen und sittlichen Lebens. Alle Verhältnisse sind zerrüttet. Die Gesellschaft befindet sich auf abschüssiger Bahn. Das Volk wird revolutionär, der Anarchismus erhebt sein Haupt. Wir aber müssen ihm Widerstand bis zum letzten entgegensehen. Meine Herren Geschworenen, thun Sie Ihre Pflicht!

Nach einer kurzen Pause erhält der Bertheidiger Broich's, Rechtsanwalt L'im, das Wort. Er bittet in seinen kurzen Ausführungen, seinen Klienten, der ein volles Gefändniß abgelegt habe und von dem Ruffen verführt worden sei, milde zu beurtheilen. An irgend einem Attentat habe er sich nicht betheiligt. Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Zum Fall Rüst. Der Mannheimer „Volkstimme“ ging seitens des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins Vorwärts in Heidelberg nachfolgendes Schreiben zu: Heidelberg, 31. Januar 1895. An die Redaktion der „Volkstimme“. Auf Ihren Bericht in der Mittwochskummer über den Eintritt des Genossen Dr. Rüst, fordern wir Sie auf, alsbald folgende Berichtigung aufzunehmen: Es ist volle Wahrheit, daß der Vertrauensmann des 12. badischen Wahlkreises, Genosse Scheitler, im Auftrage des Vereins Vorwärts am Sonntag Morgen 8 Uhr bei Genossen Dr. Rüst war, um denselben aufzufordern, in die Partei wieder einzutreten und eventuell die Kandidatur des 12. badischen Wahlkreises wieder zu übernehmen. Ein Antrag, welcher dahin ging, daß Genosse Dr. Rüst erst in der am 3. Februar stattfindenden Wahlkreis-Konferenz zur Uebernahme der Kandidatur und zum Wiedereintritt in die Partei aufgefordert werden sollte, wurde natürlich abgelehnt, weil man der Zusage des Dr. Rüst schon vor der Konferenz sicher sein wollte.

Auf diesem ganz selbstverständlichen Vorgange beruhen die Entstellungen der „Volkstimme“. Es ist deshalb eine grobe Verleumdung des Kandidaten des Wahlkreises wie des Vertrauensmannes der Partei, dieselben der Lüge zu zeihen und zu verwahren und energisch gegen jede weitere Verleumdung von Seiten der „Volkstimme“. Dieses unsere erste und letzte Erklärung in dieser Angelegenheit und erklären ferner, daß wir mit der „Volkstimme“ von heute ab nichts mehr zu thun haben. Der Gesamtvorstand des sozialdemokratischen Vereins Vorwärts Heidelberg. (Folgen Unterschriften.)

Um die Sache aufzuklären, sandte die Redaktion des Mannheimer Blattes zwei Genossen nach Heidelberg. Durch diese beiden Genossen wurde konstatiert, daß der Bericht der „Volkstimme“ über die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Vorwärts vollständig den Thatfachen entspricht und daß daran kein Wort zurückzunehmen ist. Die von ihnen zusammengekauften Parteigenossen, welche der Versammlung beizuhöhen, erklärten ausdrücklich, daß der Antrag, den Dr. Rüst im Namen des sozialdemokratischen Vereins Vorwärts aufzufordern, wieder in die Partei einzutreten, um ihn wieder als Reichstags-Kandidaten aufstellen zu können, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt wurde. Der zweite Antrag, die Delegirten zu verpflichten, auf der Konferenz gegen die Kandidatur Rüst zu stimmen, wurde, wie die „Volkstimme“ berichtet hat, abgelehnt. Weiter wurde kein Antrag gestellt und auch kein Beschluß gefaßt. Nach Schluß der Versammlung, als verschiedene Parteigenossen sich schon entfernt hatten, wurde die Angelegenheit privatim noch weiter besprochen und der Vertrauensmann Scheitler erbot sich, bei Rüst privatim — nicht im Auftrage des Vereins — anzufragen, ob er eventuell gewillt sei, wieder in die Partei einzutreten und die Reichstagskandidatur für den 12. badischen Wahlkreis anzunehmen. Hierzu bemerkt die „Volkstimme“ noch: „Aus Vorstehendem geht zur Genüge hervor, daß die „Volkstimme“ wahrheitsgemäß berichtet hat und daß der Vertrauensmann des 12. badischen Wahlkreises aus eigener Initiative und nicht auf Beschluß des Vereins Vorwärts hin zu Dr. Rüst gegangen ist. Inwiefern der Vertrauensmann dadurch seine Befugnisse überschritten hat, darüber zu urtheilen, müssen wir der am Sonntag stattfindenden Delegirtenkonferenz des 12. badischen Wahlkreises überlassen.“ — Unseren Standpunkt haben wir bereits in unserer Sonntags-Kummer zum Ausdruck gebracht; zu wünschen ist nur, daß die badischen Genossen die Rüst-Komodie zu einem baldigen Ende bringen. Red. des „Vorw.“

Von der Agitation. Im Halle'schen Kreise haben Versammlungen gegen die Umsturzvorlage stattgefunden: In Halle, Delitzsch, Merseburg, Mühlberg a. E., Giebichenstein und Querfurt. Die Versammlungen erzielten sich ausnahmslos sehr fruchtbar und nahmen ausgezeichneten Verlauf. Referent war in den fünf erstgenannten Orten Genosse Thiele, in Querfurt Genosse Albrecht. Gegen die Tabaksteuer fanden Versammlungen statt in Halle, Merseburg und Querfurt, Referent Genosse Junge-Bremen.

Die Umsturzvorlage hat nirgendwo eifrigere Zuhörer gefunden, wie in Sachsen, wo die Regierungsorgane und die Anhänger der Ordnungsparteien sich seit Monaten fast heiser nach diesem Kampfmittel geschrien haben. So indrünstig man aber die Vorlage dabei gesehen hat, so wenig scheint man in den maßgebenden Kreisen Sachsens jetzt den Muth zu haben, eine offene und ehrliche Kritik dieses Monstrums von einer Gefeschevorlage zulassen zu wollen. Nachdem man in Dresden und Umgebung alle Versammlungen verboten hat, in denen die Umsturzvorlage auf der Tagesordnung stand, wird jetzt das Gleiche aus Meersburg und Söbenstein im 17. sächsischen Wahlkreise berichtet, wo der Abgeordnete Auer vor seinen Wählern am letzten Sonntag und Montag über dasselbe Thema sprechen wollte. Welch misanthropisches Produkt muß doch die Umsturzvorlage in den Augen der eigenen Wähler sein, daß sie es so ängstlich vor jeder offenen Kritik zu schützen suchen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Verfahren eingestellt. Das Verfahren gegen Genossen Meißel in Schöneck (Boigtlend) wegen Aufhiffen einer tothen Fahne am vergangenen ersten Mai ist eingestellt worden.

— Polizeilich verboten wurde in Leipzig eine Holzarbeiter-Versammlung. Bei den Vertrauensleuten und im Verlehrslokal fanden Hausdurchsuchungen statt.

— Polizeilich aufgelöst wurde in Trachau bei Dresden auf Verfügung der Amtshauptmannschaft Dresden-Reußstadt der Turnverein Freie Turner.

Soziale Ueberlicht.

Furchtbares Grubenunglück in Frankreich. Aus Montceau les Mines wird telegraphirt:

Heute früh 5 Uhr fand in den Gruben von St. Eugenie eine Explosion schlagender Wetter statt. Bis 9 Uhr morgens waren 90 Leidende zu Tage befördert worden. Die Zahl der bei der Explosion um das Leben gekommenen ist noch nicht bekannt.

Sofort bei Beginn des Brandes, welcher gestern in den Gruben von St. Eugenie stattfand, wurden eifrig Absperrearbeiten in Angriff genommen, als heute früh 5 Uhr 15 Minuten, wie bereits gemeldet, hinter den Absperrendämmen eine furchtbare Explosion erfolgte, welche die Dämme zerstörte und die dort beschäftigten Arbeiter in Stöße rief. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Man hofft, daß die Zahl der Opfer 30 nicht überschreiten werde.

Gewerkschaftliches.

An die Studienteure Deutschlands! Am 3. v. M. erhielten wir von Kollegen aus München die Mittheilung, daß die Firma W. Martin in Zürich in verschiedenen deutschen Zeitungen Arbeiter nach Zürich suche. Wir antworteten darauf, daß Martin wohl genügend Arbeit hätte, trotzdem seien aber diesen Winter wie alljährlich 60—80 Arbeitslose hier vorhanden. Daraufhin haben die Münchener Kollegen die Studienteure Deutschlands gewarnt, nach Zürich zu reisen. Da wir nun den Anfragen vieler Kollegen nicht einzeln antworten können, ersuchen wir dieselben, sich mit Nachstehendem zu begnügen: In Zürich sind im Sommer 450—500 Gypser, von welchen 100 im Spätherbst (wenn die Arbeit zu Ende ist) in die Heimath nach Deutschland, Italien, Oesterreich ziehen, und im Frühjahr bei Beginn der Saison wieder ausrücken. Vor Jahren waren diese Zahlen lange nicht so groß, nun sind aber die Meister dahinter gekommen, daß, je mehr Arbeiter sie hierher ziehen, desto weiter sie die Löhne herabdrücken können. Zu jeder größeren Arbeit suchen sie daher in den Zeitungen aller Länder Studienteure nach Zürich. Auch diesen Winter laufen die hiesigen Kollegen größtentheils arbeitslos herum, trotzdem sucht W. Martin zu der Arbeit in der „Tonhalle“ (Konzerthaus) wieder Arbeiter in allen Zeitungen; die hiesigen Arbeiter werden erst in zweiter Linie eingestellt. Es ist, ist ja möglich, daß die Fremden eingestellt werden; sicher aber daß die Arbeit bei W. Martin in kurzer Zeit wieder zu Ende ist und daß es dann aber für die Zugereisten auskömmlos ist, in dem überlaufenen Zürich Arbeit und Brot zu finden. Wünsche um weitere Aufklärung über die Züricher Verhältnisse von Seiten der ausländischen Kollegen bitten wir durch die Fachvereine allerorts zu veranlassen. Alle Fachvereine unseres Berufes ersuchen wir aber um ihre Adressen, resp. mit uns in Korrespondenz zu treten. Aufklärung in unserem Berufe thut noth. — Der Gypsfachverein Zürich Adam Siegel, Mülserstr. 10, 3 Tr.

Zugzug fernhalten! Die Steinseher in Hannover beabsichtigen, im Frühjahr eine Lohnerhöhung zu beantragen. Es wird daher gebeten, bis zur Erledigung derselben den Zugzug nach Hannover zu meiden.

Zugzug von Töpfen ist fernzuhalten wegen Lohndifferenzen nach Stettin, wie bisher nach Götting, gleichfalls nach der Neumärkischen Oefenfabrik Giesenberg bei Adamsdorf und nach Bielefeld; ferner für Scheidenarbeiter nach Götting in Kahlst und Känzingen in Baden.

Der Zugzug von Schneidern nach Göttingen, Hensburg und Regensburg ist bis auf weiteres fern zu halten. Ferner ist über die Geschäfte von J. Müller in Kamenz in Sachsen und A. Weber in Magdeburg, Kaiserstr. 65, die Sperre verhängt.

Berichts-Beitrag.

Vom Obergerwaltungsgericht. In der Sonnabendnummer unseres Blattes brachten wir einen uns übersandten Bericht, der nach Mittheilung von anderer Seite in einigen Punkten der Berichtigung bedarf. Es wird darin konstatiert, daß Herr Rechtsanwalt Leopold Meyer sein gutes Renommee bei den Gastwirthen lediglich seinen Prozeßerfolgen verdankt, die er für dieselben zu verzeichnen hatte. Das Versehen, von dem im Bericht die Rede ist, war auch nicht ihm, sondern nach Inhalt der mündlichen Verhandlung vor dem Obergerwaltungsgericht einem Bureaubeamten passirt, der die Revisionschrift versehenlich an den Bezirksauschuss, anstatt an den Kreisaußschuß gefandt hatte. Ob ohne dieses Versehen die gleichlautenden Urtheile beider Instanzen aufgehoben worden wären, steht auch noch sehr dahin, da die beiden Vorderrichter die vom Obergerwaltungsgericht zu beachtende Feststellung getroffen hatten, daß der Gastwirth seine noch nicht 16jährige Schwägerin, die er vor sittlicher Gefahr zu schützen hatte, durch das eigene Verbrechen des Ehebruchs sittlich vernichtet und wissend, daß sie in seinem Hause sich anderen Männern hingabe, sie dennoch in seiner Schankwirtschaft beschäftigt hatte.

Als muthmaßlicher Mörder der Elise Groß ist Sonnabend gegen Abend in Nowag bei Reife auf Requisition der Breslauer Staatsanwaltschaft der Fleischergehilfe Paul Wagner durch den Amtsvorsteher Siegnitz und den Sendarm Merkert verhaftet. Paul Wagner ist der Sohn des Fleischermeisters Eduard Wagner aus Gläfenhof, Kreis Grottau. Er ist 27 Jahre alt, verheirathet und Vater von vier Kindern, lebt aber von seiner Frau, welche seit Mitte November vorigen Jahres in Breslau wohnt, getrennt. Bis zum Tage seiner Verhaftung arbeitete er beim Fleischermeister Rother in Nowag. Sonnabend Abend noch wurde der Verhaftete zur Weiterbeförderung nach Breslau an das Amtsgericht Reife abgeliefert. Wagner macht keineswegs den Eindruck eines Mörders, doch hat er ein Gesandniß dahin abgelegt, daß er in der Zeit vom 9. September bis Mitte November vorigen Jahres mit Breslauer Dinnen Verlehr gepflogen hat.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wien, 4. Februar. Eine zu gestern einberufene Volks-Versammlung von Ungarn wurde von dem Vertreter der Regierung aufgelöst, weil ein Redner zu Gewaltthaten gegenüber dem Parlamente aufreiste. Eine andere Versammlung jugendlicher Hilfsarbeiter verlief stürmisch und wurde gleichfalls aufgelöst. Ein Webergehilfe, welcher den Vertreter der Regierung beschimpfte, wurde verhaftet.

Wien, 4. Februar. Infolge wiederholter Schneestürme ist der gesamte Verkehr auf der Südbahn zwischen Sankt Peter und Triest eingestellt.

Rom, 3. Februar. Gestern Abend wurden in Piacenza und Porto Maurizio, heute früh in Pavia und Genua leichte Erdstöße verspürt.

Belgrad, 4. Februar. Das Appellationsgericht erhöhte die gegen Tschabina verhängte Gefängnißstrafe von 2 auf 3 Jahre. Dagegen wurden die gegen Tauschanowitsch, Stanoevitsch, Kuzitsch verhängten Gefängnißstrafen auf 2 Jahre herabgemindert.

Algier, 4. Februar. Der Schwurgerichtshof verurtheilte den Banditen Areski, einen Kadglen, und neun seiner Bande, welche mehrere Mordthaten und zahlreiche Diebstähle mit bewaffneter Hand begangen hatten, zum Tode. Fünf andere wurden zu Zwangsarbeiten verurtheilt.

(Deveschen-Bureau Herold.)

Wien, 4. Februar. Der Chef des Geschäftshauses Philipp Reichl Sohn in Debreczin, welcher mit 500 000 Gulden Passiven fallirte, hat sich heute durch Karbol vergiftet, nachdem alle Ausgleichungsverhandlungen mit seinen Gläubigern gescheitert waren.

Paris, 4. Februar. Zu dem Grubenunglück in Monceau les Mines wird weiter gemeldet, daß dasselbe durch eine Explosion schlagender Wetter verursacht sei, und zwar in dem Kohlenhaute „Eugenie“. Die Explosion ist durch einen Schachtbrand entstanden. Bis jetzt sind 21 Tödt und 8 Verwundete und Tageslicht befordert worden. Präsident Faure und Minister Ribot haben bereits Summen angewiesen zur Unterstützung der Hinterbliebenen der bei dem Grubenunglück umgekommenen Bergleute.

London, 4. Februar. Nach einer Meldung aus Shanghai haben mehrere Offiziere eines amerikanischen Kriegsschiffes, die zur Jagd ans Land gegangen waren, versehentlich einen Chinesen erschossen. Die Einwohner nahmen die Offiziere fest und brachten sie vor den Gouverneur. Der Kapitän des Kriegsschiffes sandte sofort eine Abtheilung Marineoffiziere zu dem Gouverneur, welche auf jeden Fall die Freilassung der Offiziere erwirken sollten.

Lokales.

Vorsicht ist zu allen Dingen gut. Eine „städtische Deputation“, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Zelle, Bürgermeister Ritscher, Stadtvorordneten-Vorsteher Dr. Vangerhaus und Stadtvorordneten-Vorsteherstellvertreter Michelet, ist am Sonntag Vormittag von dem Kaiser empfangen worden. Zweck der Deputation war, wie man sich denken kann, sich von wegen der versprochenen Hohenzollern-Standbilder zu bedanken. In dieser Angelegenheit bringt das „Berliner Tageblatt“ nun folgende Mitteilung:

„Neben dem Empfang der städtischen Deputation beim Kaiser am letzten Sonntag sollte den Zeitungen ein von den Mitgliedern der Deputation redigierter Bericht zugehen. Die Verfassung desselben hat sich aber verzögert, da merkwürdigerweise in letzter Stunde noch beschloffen worden ist, den Bericht dem Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Dr. v. Lucanus, vorzulegen. Diese „Vorsicht“ erscheint mindestens etwas zu weitgehend, da bei dem Empfang, wie wir das bereits hervorgehoben haben, Fragen politischer Natur garnicht zur Erörterung gelangt sind.“

So das „Tageblatt“, dessen leichtfertige Auffassung durch die Geschichte der letzten Jahre doch genug Augen geistigt wird. Es ist unserer Ansicht nach wahrlich angebracht, daß Herr v. Lucanus möglichst den Bericht selber abfaßt oder ihn wenigstens einem der Herren Bürgermeister in die Feder diktiert.

Wie der „Folke-Anzeiger“ übrigens noch zu melden weiß, hat der Kaiser während der Unterhaltung der Pläne für die Statuen garnicht nähere Erwähnung gethan, sondern sich nur sehr eingehend über verschiedene Berliner Fragen ausgesprochen.

In Pankow ist, wie wir f. S. mittheilten, am 15. Dezember vorigen Jahres eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins aufgelöst worden, weil der Referent das versessene Sozialistengesetz als Schandgesetz bezeichnet hatte. Die vom Vorsitzenden der Versammlung natürlich verlangte Reklamation des betreffenden Beamten ist vor kurzem vom Landrath des Kreises Niederbarnim abgelehnt worden. Nach den angestellten Ermittlungen, so heißt es in der landrathlichen Antwort, hat der Referent, Schneider Bils, in der fraglichen Versammlung die diesjährige Thronrede bei der Eröffnung des Reichstags einer Kritik unterzogen, die Beleidigungen der Bundesregierungen enthielt. Nachdem der überwachende Beamte vergeblich den Vorsitzenden der Versammlung zur Unterdrückung der strafbaren Ausschreitungen des Redners veranlaßt, letzterer dieselben aber dennoch ohne jede Befriedigung des Vorsitzenden in böhnischer, aufreizender Weise wiederholt hatte, war die Auflösung der Versammlung schließlich das notwendige und daher auch gesetzliche Mittel, um die Fortsetzungen der strafbaren Beleidigungen zu verhindern. Als sich der Vorstand von seinem Staunen über diesen so seltenen auf den Habbestand eingehenden Bescheid einigermaßen erholt hatte, führte nunmehr der Vorsitzende gegen den Bescheid des Landraths unter Darlegung des Sachverhalts Beschwerde beim Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Potsdam und ersuchte denselben, den Herrn Landrath zu veranlassen, den betreffenden Beamten zu rektifizieren. Nun sehen unsere Pankower Parteigenossen mit Spannung dem hierauf folgenden Bescheid entgegen.

Die Herstellung einer schmalspurigen Petroleum-Motorbahn zwischen dem Langen-See und dem Müggelsee unter Fortführung bis Köpenick ist von der Köpenicker Stadtvorordneten-Versammlung entsprechend dem Magistratsantrage einstimmig genehmigt worden.

Vom Schloßbau. Die zum Theil nur provisorischen Umbauten des königlichen Schlosses haben bis jetzt bereits die Summe von 1400 000 M. gekostet. Das ist aber noch lange nicht alles. Wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, sind bis auf weiteres jährlich 700 000 M. für Arbeiten am Schloß zur regelmäßigen Verwendung in Aussicht genommen; mit 2 1/2 Millionen Mark will man zunächst den Nordwestflügel vollenden. Ob der „Vorwärts“ auch in der Zukunft noch über Feiertagsentbehrlichkeiten und unerhörte Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft am Schloßbau berichten muß?

Verschiedene Pulvermagazine haben sich innerhalb der Stadt Berlin befunden. Bei dem 22. Polizeiviertel in der Holzmarktstraße ließ am Sonntagabend eine Anzeige ohne Unterschrift des Inhalts ein, daß sich in einer Stube der Kellerwohnung des Hüttenrath Donati im Hause Wallnertheaterstraße 30 eine Werkstätte befände, in der Patronen angefertigt würden und viel Pulver lagere. Das Zimmer ist vom Hauseingang unmittelbar zugänglich, ohne daß man die Hausthür zu öffnen braucht. Eine kleine, schmale Holztreppe führt in den Raum, der durch eine Glas Thür und zwei straßenwärts belegene Fenster Licht erhält. In dies Zimmer sieht nach hinten die Wohnung der Donati'schen Eheleute. Als die Polizei am Sonntagabend dort einbrach, fand sie 8 Arbeiter, die bei Petroleumlampen Patronen hüllten mit Pulver füllten. Befehlsgemäß wurden etwa vier Zentner Schießpulver und etwa 50 000 Patronenhüllen. Sämtliche Arbeiter wurden festgesetzt und nach Feststellung der Veronalien entlassen. Das Haus Wallnertheaterstraße, aus dem das Pulver entfernt war, wurde Sonntag noch bewacht. Am Montag Morgen wurde das Zimmer, wo die Patronen hergestellt wurden, von der Kriminalpolizei ausgemessen. Inzwischen hatte die Polizei weiter in Erfahrung gebracht, daß an noch anderen Stellen ebensolche Werkstätten vorhanden seien. Es sind auch noch an mehreren Orten, und zwar in der Umgebung des Spittelmarktes und der Lindenstraße, solche Pulverlager gefunden und mit Hilfe der Feuerwehre geräumt worden. Genaue Einzelheiten lassen sich bei der geheimen Behandlung, die die Angelegenheit aller Orten erfährt, nicht mittheilen. — Ueber den Zweck der Patronenherstellung verlautet, daß ein hiesiger Waffenhändler mit einer auswärtigen Regierung die Lieferung von Patronen abgeschlossen habe. Da die Frist kurz bemessen sei, habe der Unternehmer die Anfertigung der Patronen an verschiedene andere Personen vertheilt, die kurzer Hand in unvorschriftsmäßigen Räumen und ohne Rücksicht auf die damit verbundene Gefahr die Arbeit begonnen haben. Ob dies zutrifft, läßt sich nicht beurtheilen. Wie dem auch sei, die Geheimthuererei der Behörde erscheint um so weniger verständlich, als zur Verhütung der Bevölkerung eine genaue Darlegung des Sachverhalts am Platze wäre.

Befehlsgemäß sind noch an Pulver, wie weiter gemeldet wird, am Montag Morgen etwa 7 Zentner bei dem Wächsmacher Michael, Kochstr. 30, Knoch, in der Lindenstr. 25 und bei Scheufert in der Leipzigerstr. 78; außerdem noch mehrere tausend scharfe Patronen. Die Feuerwehre hat zwei Pulvertransporte nach Tegel gebracht und an die Militärbehörde abgeliefert. Der Hauptunternehmer für die Lieferung war Naual, Friedrichstr. 212.

Die Liste der aus Berlin mit der „Elbe“ Unter-gegangenen, vermehrt sich noch um eine Person. Der Kaufmann Julius Rosenbaum, zuletzt Lankestr. 11 wohnhaft, hatte die Reise angetreten, um sich in Amerika eine neue Existenz zu gründen, nachdem er hier in der Oel- und Fettwaarenbranche große Verluste erlitten hatte. Seine Frau und sein 1 1/2 Jahr altes Töchterchen sollten später nachfolgen. Der Unglückliche beabsichtigte ursprünglich, mit der „Lahn“ zu fahren, hatte jedoch

auf Witten seiner Angehörigen die Reise um vierzehn Tage hinausgeschoben, um mit der „Elbe“ zu reisen.

Ein Ehedrama. Von seiner Ehefrau wurde am Sonntag Morgen der Arbeiter Rettig in Amalienhof bei Spandau erschlagen. Das in kinderloser Ehe lebende Paar war nicht glücklich unter einander, und es kam öfter zu Zwistigkeiten. Am Sonntag hatte sich wieder einmal eine Prügelei zwischen den Gatten entwickelt, in deren Verlauf die Frau ein eichenes Stuhlholz ergriff und den Mann durch einen Schlag auf den Kopf zu Boden streckte. Sie hatte ihn so wuchtig getroffen, daß sie ihm den Schädel gesplatterte und der Mann todt liegen blieb. Jetzt wurde die noch junge Frau von Grauen erfaßt, so daß sie den Thäter verließ und in unbestimmter Absicht nach Spandau lief. Hier wurde sie auf der Straße umherirrend getroffen und von der Polizei festgenommen. Sie nimmt für sich einen Zustand der Nothwehr in Anspruch. Der Mann soll zum Trunk geneigt und seine Frau oft mißhandelt haben.

Kein Tag vergeht jetzt, ohne daß nicht aus der Hauptstadt des Reiches der Sozialreform und der Knebelparagrafen von irgend einem unglücklichen Menschenkind berichtet werden müßte, daß der Kälte und dem Hunger zum Opfer gefallen ist. So wird heute berichtet, daß am Sonntagabend gegen 8 Uhr der Arbeiter Brodmann auf dem unbebauten Grundstück Reinickendorferstr. 31 einen nicht benutzten Schuppen betrat und dort den todtten Körper eines Mannes auffand. Brodmann glaubte in dem Leichnam den Arbeiter Adolf Kunze zu erkennen, der anscheinend in dem Schuppen hat nächtigen wollen und dabei ertrunken ist!

Durch jedes ihrer unglücklichen Opfer fördert die Gesellschaft den „Umsturz“ mehr, als ein Tugend Paragraphen wieder gut machen könnten, selbst wenn es Paragraphen wären, die nicht, wie die der Umstürzvorlage, von der umstürzenden Angst hilfloser und sehr ungeschickter Herren eingegeben wären.

Beim Eisport ertrunken. Auf der Havel bei Spandau lag gegen 4 Uhr Sonntag Nachmittag ein etwa 20-jähriger Mann Schlittschuh, welcher den Strom hinab nach Schildhorn zu eilte. Auf dem Wege dorthin gerieth der Schlittschuhläufer in ein Loch und erkrank vor den Augen zahlreicher Passanten, ohne daß ihm Hilfe gebracht werden konnte. Die Leiche des Unbekannten ist noch nicht gefunden worden.

Mit schweren inneren Verletzungen wurde am Sonntag Abend um 6 Uhr der 29 Jahre alte Hausdiener Friedrich Landwehr auf dem Treppentritt im Erdgeschoß des Hauses Friedrichstraße 178 hilflos daliegend vorgefunden. In der Charité, wohin er gebracht wurde, hat er angebehalten, daß er schwindlig geworden und über das Treppengeländer hinweg aus dem vierten Stock hinabgestürzt sei. Behördlicherseits wird dagegen ein Selbstmordversuch angenommen.

Erhängt wurde auf dem Bahnhofe Großbeeren am Freitag Morgen ein Mann aufgefunden, der sich am Abend vorher in einem Wirthshause des Ortes aufgehalten und dort Karten gespielt hatte. Er war plötzlich fortgegangen, und man glaubte, daß er mit einem Eisenbahnzuge abgereist sei, bis man am nächsten Morgen seine Leiche fand.

Aus dem Spreekanal wurde am Sonntag Mittag an der Schleuse die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes herausgeholt, dessen Persönlichkeit nicht festzustellen gewesen ist. Er scheint lange Zeit im Wasser gelegen zu haben.

Wegen mehrerer Gasthofsbrandstiftungen ist hier ein Schauspieler Maximilian Klarre verhaftet worden.

Polizeibericht. Am 2. d. Mts. wurde an der Schleuse die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes aus dem Spreekanal gezogen. — Im Laufe des Tages verunglückten infolge der Glätte auf den Bürgersteigen drei Personen in erheblicher Weise, indem sie stürzten und Knochenbrüche erlitten. — Nachmittags wurde am Königsgraben ein Mann bewußtlos auf der Straße liegend aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. — Abends wurde auf dem Grundstück Kleinendörferstr. 31 in einem Schuppen ein Arbeiter als Leiche aufgefunden. Anscheinend hat er schon vor einigen Tagen dort genächtigt und ist dabei ertrunken. — Am 3. d. M. nachmittags wurde ein Hausdiener auf dem Flur eines Hauses in der Friedrichstraße bewußtlos und mit schweren inneren Verletzungen aufgefunden und nach der Charité gebracht. Er hat sich anscheinend aus dem vierten Stock über das Treppengeländer in den Flur hinabgestürzt. — Eine Frau fiel beim Verlassen eines Hauses in der Seestraße von der Treppentreppe und brach den Unterschenkel. — Am 2. und 3. d. M. fanden neun kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 4. Februar 1895.

Stationen.	Barometer-stand in mm. reductirt auf d. Meeresesp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (so C. = 40 F.)
Swinemünde . .	762	NO	7	Schnee	-8
Hamburg . . .	764	NO	4	bedeckt	-5
Berlin	761	NO	1	bedeckt	-2
Wiesbaden . .	763	SW	—	bedeckt	-7
München . . .	760	S	4	bedeckt	-8
Wien	760	W	3	bedeckt	-4
Caparanda . .	778	NO	2	heiter	-6
Petersburg . .	766	NNO	2	bedeckt	-18
Odessa	763	OSO	6	bedeckt	4
Aberdeen . . .	761	N	2	bedeckt	3
Paris	764	N	1	wolklos	-11

Wetter-Prognose für Dienstag, 5. Februar 1895.
Ziemlich trübes Frostwetter mit leichten Schneefällen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Theater.

Schauspielhaus. Man ist im Schauspielhause geistlich bemüht, darzuthun, wie eine fromme Bühnenkunst sich gestalten möge. Von den Weisen des Schauspielhauses droht keinerlei Gefahr selbst von den schlimmsten Knebelgesetzen. Man setzt literarischen Kinderbrei vor, und Kinderbrei und immer wieder Kinderbrei. Das geht nun schon so seit Monaten. Auch die bewährten Späsmacher Schöndhahn und Kadelburg bereiten mit ihrem neuesten Schwanke „Zu wohlthätigem Zweck“, der am Sonntag zum ersten Male gegeben wurde, keine freundliche Abwechslung in all der geistigen Oede. Selbst den gutmüthigen Leuten im Zuschauerraum des Schauspielhauses wurde es zu bunt und ein Theil begann unter Fischen zu revoltieren. Aber was hilft. Im Schauspielhause giebt es keinen Jidackkurs. Verdammt und Geiß und Miß und Kraft, es lebe die dramatische Bagatelle. Am Bagatellen handelt es sich im Schöndhahn-Kadelburg'schen Schwanke. Eine junge Ehefrau, die früher Schauspielerin war, kann die Passion nicht lassen, Komödie zu spielen. Der Theaterknecht hält sie besessen und sie will, dem Gatten zum Trost, wiederum

die Bühne betreten, wenn auch nur zu wohlthätigem Zwecke. In höchst zahmer Verfassung wird nun gezeigt, wie die Vorstellungen zum wohlthätigen Zweck veranstaltet werden. Was hätte ein galligeres Temperament, was hätten aufrichtiger Leute selbst aus diesem alten Stoff noch machen können. Kousissenpöppe bilden das Häufel der Pöppe. Auf Kosten der alten vagebühnenden Schauspieler, die auf die Wohlthätigkeit ihrer besser situirten Genossen spekulieren, wird gelacht. Diese Wander- und Bettellomödianten, eigentlich bedauernswerthe Geschöpfe, sind mitunter wirklich originelle Sonderlingsgehaltn. Die Vorstellung zu wohlthätigem Zweck soll für solche alte Schauspieler, die in ihrem Beruf Schiffbruch erlitten hat und nun vom Bettel und kleinen Spießbübereien lebt, arrangirt werden. Gütigkeit, nicht Theilnahme, bewegt die Arrangements. Der Direktor will seinen Herzog im Theater haben, um das Geschäft zu heben, der will ein Stück anbringen, ein anderer ein Ordensbändchen ergattern — zum Schluß aber kommt die ganze Vorstellung nicht zusammen.

Die alte Komödiantin (von Frau Schramm köstlich gegeben) findet ihren leidlich situirten Gatten, von dem sie Jahre lang nichts wußte, wieder; die theaterwüthige junge Frau leht zum Stockbuck zurück. Sie ist geblüht. Warum? Das wissen allein die Herren Schöndhahn und Kadelburg.

Leistung-Theater. In Hans Oldens Lustspiel „Thielemann's“, das am Sonntag aufgeführt wurde, spielt das im letzten Winter schon mehrfach mit Eifer die Bretter gebrachte müßige Milieu eine nicht gerade neue, aber doch im ersten Anlauf recht belustigende Rolle. Papa Thielemann, ein Stück Kunstmalers seines Zeichens, leidet gleichmäßig unter ewiger Geldnoth und unter die Heirathspläne, die seine furiose Frau mit der ältesten Tochter des stark derangirten Hauses im Auge hat. Frau Thielemann preßt den unglückseligen Stoffe von einem Kommerzienrathsohne zur Verlobung; und auch die unter den vorliegenden Umständen scheinbar unvermeidliche Nothwehr im Helgolande soll gerade perfekt werden, als die Unglücksrathschaft eintrifft, daß der Kommerzienrath pleite gegangen ist. In diesem Augenblick vollzieht sich in fast allen im Stück vorkommenden Charakteren eine wahrhaft heroische Säuterung. Der Nichtsnutz von Sohn, der bislang in seinem Leben noch nicht im Stande gewesen ist, auch nur drei Mark auf eigene Hand zu verdienen, wird seinen Alten ein thakräftiger Helfer; Thielemann's Tochter, die nichts war, als saule, eine passive Schönheit, wird der Mutter zum Trost Geliebte und Liebhaberin zugleich, und folgt dem bis zur Stunde mißgünstigen Kommerzienrathsohne bis ans Ende dieser an Sorgen ach so reichen Welt, und Papa Thielemann wird ein fast absoluter Herr im Hause und auch seiner Berliner Geldsorgen ledig. In diesem jähren Uebergang scheiterte das an drolligen Wiken und gelungener Situationskomik durchaus nicht arme Stück. Während das Publikum die beiden ersten Akte mit viel Vergnügen und ohne merkliche Opposition hinnahm, fiel der ermüdend heroische letzte Akt gar scheußlich durch. Mit Recht nahm das wohl sonst durchaus nicht so un-nachlässigste Sonntagspublikum den jähren Wechsel äußerst unglänzig auf und zählte das Stück zu Tode.

Von den Mitwirkenden verdienen Fräulein Marie Meyer als Thielemann-Mutter und Herr Sauer als Kommerzienrathsohne besonders ehrende Erwähnung. Etwas weniger Temperament wäre bei Fräulein Meyer vielleicht angebracht gewesen. Die beiden Väterrollen fanden in den Herren Balben und Guthenbrave Vertretung und Fräulein Reichenhofer hatte die kalte Schönheit von Tochter so gut zu verkörpern, wie es mit dieser ihren Anlagen nicht besonders zuzagenden Rolle möglich war. Fräulein Jäger war ihr ein drolliges Schwesterchen.

Der Graf von Lawczynski.

Ein Abenteuerer im weitesten Sinne des Wortes wurde am Montag der dritten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des angeblichen russischen Grafen Lawczynski v. Lawczynski vorgeführt. Er ist des Betrugs beschuldigt. Ueber sein Vorleben machte der Angeklagte folgende interessante Angaben, die sich allerdings auf ihre Wahrheit nicht haben kontrolliren lassen: Er sei am 3. September 1865 in Warschau geboren. Sein Vater, ein russischer General, sei nach Sibirien verbannt und dort erschossen worden. Bis zum Jahre 1882 habe er das Gymnasium in Warschau besucht und sodann auf der dortigen Universität Medizin studirt. Im Jahre 1885 sei er bei der Ohrscheiben-Affäre des Generals Apuchkin theilhaftig gewesen, er habe es vorgezogen, nach Paris zu flüchten. Hier habe er etwa ein Jahr lang seine Studien fortgesetzt, dann sei er in die Fremdenlegation eingetreten und habe den Feldzug gegen Tonkin mitgemacht. Im Jahre 1891 sei er als Adjutant aus der Fremdenlegation ausgeschieden und alsdann als Topograph beim Großen Generalstab in Paris beschäftigt worden. Aber auch diese Stellung sei nicht von Dauer gewesen, weil ihm vom Minister Freigeist zugemutet worden sei, Spionendienste gegen Deutschland zu leisten. Wegen seiner schroffen Zurückweisung dieser Zumuthung sei er mit 15 Tagen Arrest bestraft worden. Sein auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedener Vater sei in Rußland sehr begütert gewesen; sein Vermögen sei aber konfiszirt worden. Er habe danach gestrebt, das Vermögen seines Vaters zurück zu erhalten. Zu diesem Zweck habe er seine Stellung in Paris abgegeben, sich nach Petersburg begeben und sei dort in den Dienst der russischen Regierung getreten. Von dieser sei er beauftragt worden, Nihilisten und Anarchisten zu überwachen, etwaige russische Landesverräther, insbesondere den Mörder des Generals Silvestroff zu ermitteln. Der in dieser romantischen Beleuchtung erscheinende Angeklagte befand sich am 21. August 1893 in Bonn. Nachts gegen 12 Uhr begab er sich in das Café Teweke, trank dort eine Tasse Kaffee und verließ das Lokal schwanenlenden Schrittes. Gleich darauf brach er, anscheinend bewußtlos, zusammen. In diesem Zustande wurde er von dem Landrath Dr. von Sandt und dem Fabrikbesitzer Dr. Adlitzer aufgefunden und in bewußtlosem Zustande in die Klinik gebracht. Dort wurde er bis zum 4. September 1893 von dem Dr. med. Schmidt behandelt. Als er zur Besinnung gekommen war, gab er an: er habe aus einem in seinem Besitze befindlichen Fläschchen, welches die Aufschrift „Gift“ trug, Arsenit und Morphin und vorher Phosphorpulver zu sich genommen. Trotz des Sträubens des Patienten spülte ihm Dr. Schmidt den Magen aus. Die chemische Untersuchung des Mageninhalts und des Fläschchens hatte ein negatives Ergebnis. Nach der Behauptung des Angeklagten habe er sich vergiftet wollen, da ihm in Köln seine ganze Baarschaft in Höhe von 1700 Mk. abhanden gekommen sei. In der Klinik erhielt der Angeklagte häufig den Besuch des Kaplans v. d. Helm. Dieser bemühte sich, ihm eine Stellung als Dolmetscher oder Schiffarzt zu verschaffen und gab ihm eine Reihe von Adressen an. Nach der Behauptung des Angeklagten habe er überall eine ablehnende Antwort erhalten. Eines Tages machte er dem Kaplan v. d. Helm folgende Mittheilungen: Er habe von der französischen Gesandtschaft einen Brief erhalten, in welchem ihm eine Stellung als „Officier de santé“ in Sidi Brahim in Algier angeboten werde. Bis Algier müsse er auf eigene Kosten reisen und werde von dort per Karawane nach Sidi Brahim befördert werden. Auf seine Bitte ließ ihm Kaplan v. d. Helm 340 Mk., die ihm der Angeklagte sofort nach seiner Ankunft in Afrika zurücksenden wollte. Durch Vermittelung des Kaplans

v. d. Helm veranlaßt der Dr. Schmidt auch den Bonner Arztverein, dem Angeklagten eine Unterstützung von 60 M. zu gewähren. Der Angeklagte dampfte mit den 400 M. ab und ließ vorläufig nichts wieder von sich hören. Im November 1893 tauchte Graf v. Lawczynski plötzlich in Leipzig auf. Wertwiderweise führte er dort in der Nacht vom 14. zum 15. November 1893 im Café Bauer genau dieselbe Komödie auf, wie feinerzeit in Bonn im Café Zewele. Der praktische Arzt Dr. Löwenberg fand ihn auf der Straße liegend in bewußtlosem Zustande und mit Schaum vor dem Munde vor. Dr. Löwenberg schaffte ihn mittels Droschke nach der Sanitäts-wache und dann nach dem St. Jakob-Hospital. Es stellte sich jedoch auch hier heraus, daß die angebliche Vergiftung eine erdichtete war. Es wird vermutet, daß er auch hier die Komödie aufgeführt hat, um Mißleid zu erregen und von irgend welchen Personen Geldbeträge zu erlangen. Wie die Zeitungen be-richteten, soll er im Mai 1894 in Paris und Versailles äh-nliche Sachen gemacht haben. Im Juli 1894 tauchte er in München auf und wiederholte im Restaurationsgarten des Hotels Treffer dieselbe Vergiftungs-Komödie. Als er dort bewußtlos zusammenbrach, wurde er in das Münchener städtische Krankenhaus geschafft. Am Tage nach seiner Einklieferung in das Krankenhaus behauptete er plötzlich, daß er einen Brief an den Polizeikommissar Poncelet, 1700 M. in Banknoten und eine Bisttentorte in einem schwarzen Ledertaschen bei sich getragen habe. Diese Gegenstände, sowie ein Brillantring im Werte von 1000 M. müssen ihm bei seinem Selbstmordversuche in dem Treffer'schen Garten oder während des Transports nach dem Krankenhaus entwendet worden sein. Auch der Münchener Selbstmordversuch war, wie im Krankenhaus festgestellt wurde, ein fingierter. Von München ging Graf Lawczynski nach Berlin. Hier gerieth er bald in den Verdacht, Spion eines fremden Landes zu sein. Er wurde deshalb polizeilich fixiert und als ihn Kriminalkommissarius v. Tausch vernahm, soll er diesen beleidigt haben. Inzwischen gerieth er auch in den Verdacht, zum Nachteil des preussischen Staates bezw. des Deutschen Reiches einen Betrug versucht, ferner auch in den Räumen des Wintergartens einen Dowe-schen Panzer gestohlen zu haben; in diesen Beziehungen konnte ihm jedoch nichts nachgewiesen werden. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet vielmehr nur auf vollendeten und versuchten Betrug und Beamtenbeleidigung.

Der seit 6 1/2 Monaten in Untersuchungshaft befindliche An-gelagte erscheint in tadellos sauberer Toilette vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Er trägt Frack, weiße Kravatte und weiße Handschuhe und in dem weiten Westenausschnitt ruht ein rothseidenes Taschentuch. Er ist ein Mann mittlerer Größe, trägt auf seiner scharf geschnittenen Nase einen Kneifer und ein ziemlich starker Schnurrbart gibt seinem intelligenten Gesicht einen gewissen energischen Ausdruck. Mit einer sehr zere-moniellen Verbeugung vor dem Gerichtshofe nimmt er auf der Anklagebank Platz.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Noeseler, die Anklage vertritt Staatsanwalt Kessler, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Mendel.

Der Staatsanwalt regt vor Eintritt in die Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit an, da Sachen zur Sprache kommen könnten, welche der öffentlichen Ordnung Gefahr bringen würden. Nachdem der Verteidiger erklärt, daß die Vereinzelnung solcher Dinge in die Verhandlung vermieden werden würde, beschließt der Gerichtshof, vorläufig von dem Ausschluß der Öffentlichkeit Abstand zu nehmen. Der Angeklagte spricht ziemlich geläufig deutsch, nach seiner eigenen Erklärung hat er während seiner langen Untersuchungshaft die deutsche Sprache auch noch weiter erlernt, so daß es der Zuziehung eines Dol-metschers nicht bedarf.

Zu seinen Personalien erklärt der Angeklagte, daß er Theophil Florian heiße und katholischer Konfession sei. Er bleibt mit Ent-schiedenheit dabei, daß er Graf v. Lawczynski sei. Er sei der letzte seines Stammes. Er habe in Warschau Medizin studiert und in Paris seine Studien fortgesetzt. Es sind nach der Persönlichkeit und der Abstammung des Angeklagten die umfang-reichsten Nachforschungen angestellt worden, die die Behauptungen des Angeklagten nicht befähigten.

Der Verteidiger erbittet sich eine bestimmte Auskunft darüber, ob der Staatsanwalt anerkenne, daß der Angeklagte wirklich der Graf von Lawczynski sei oder nicht. Der Staatsanwalt lehnt eine Erklärung darüber ab.

Was den Bonner Vorfall betrifft, so erklärt der Angeklagte unter allerlei mysteriösen Andeutungen über seine „Mission“, die er für die russische Regierung zu erfüllen gehabt habe, daß von einem Betrüge gegen den Kaplan v. d. Helm gar keine Rede sei. Er sei, nachdem er aus Frankreich weggegangen sei, nach Deutsch-land gekommen, um die Rühmlichkeiten und sonstigen russischen Verbrecher zu beobachten. Er habe schon in Köln eine russische Studentin kennen gelernt und sei mit ihr nach Bonn gereist, wo er die unter den Studenten befindlichen russischen Rühmlichkeiten auszuholen wollte. Er habe sich nun gar nicht etwa selbst vergiftet, er behauptet viel-mehr, daß ihn die russische Rühmlichkeit, die ihn wohl als Polizei-spion erkannt habe etwas eingegeben haben müsse. Ebenso müsse ihm dieselbe Person eine ihn kompromittierende Bisttentorte, auf welche er die Absicht des Selbstmordes geschrieben haben solle, in die Tasche gesteckt haben. Er habe dem Kaplan v. d. Helm unter dem Siegel des Vertrauensvolle volle Klarheit über seine Person und seine Mission gegeben und dieser habe auch den Brief der französischen Regierung, durch welchen er als „officier de santé“ nach Sidi Brahim dirigiert worden, selbst gelesen. Der Kaplan v. d. Helm habe ihm die 340 Mark leinwandene als reichhaltiges Darlehen gegeben, sondern a fonds perdu. Er habe ihm gesagt: Wenn Sie es nicht wieder geben können, dann thun Sie es, wenn Sie es nicht können, dann ist es auch gut. Sollten Sie mich nicht mehr auffinden, dann machen Sie es wie Franklin, der einmal in einem solchen Falle das ihm gegebene Geld den Armen gespendet hat. Er habe auch tatsächlich die Absicht gehabt, nach Sidi Brahim zu gehen, sei aber davon zurück-gekommen, weil damals die Hochzeit des Großfürsten-Thronfolgers mit der Prinzessin Alix in Aussicht stand und er hoffte, daß dann eine Amnestie erfolgen und er wieder in den Besitz des seinem Vater konfiszirten Vermögens kommen würde. — Der Verteidiger erklärt, daß der ganze Bonner Vorfall eigentlich absolut kein Substrat für einen Betrug darstelle und gab dem Angeklagten den Rath, auf die weiteren Fragen des Staatsanwalts über die Bonner Vorgänge von seinem Rechte der Auskunftsverweigerung Gebrauch zu machen. Diesen Rath befolgte der Angeklagte.

Was den angeblichen Selbstmordversuch in Leipzig betrifft, so giebt der Angeklagte auch hier wieder den Vorgängen ein geheimnißvolles politisches Kolorit und wundert sich, worin denn sein angeblicher Betrugsversuch hier bestehen solle. Er habe niemand um Geld gebeten und auch solches von niemand erhalten. Er habe in Leipzig den Mörder des Generals Silvershoff — Vernoff — in Gesellschaft dreier französischer Journalisten ge-troffen, habe sich ihnen angeschlossen und mit ihnen im Café Bauer gezecht. Dabei müsse ihm wohl etwas ins Bier gethan worden sein, denn er sei nach dem Verlassen des Lokals auf der Straße zusammengebrochen und in bewußtlosem Zustande von dem Dr. Löwenberg aufgefunden worden. Auch in Leipzig hatte man bei ihm einen Brief vor-gefunden, in welchem er die Absicht ausdrückt, sich das Leben nehmen zu wollen; auch hier erklärt der Angeklagte, daß ihm dieser Brief im Café Bauer in die Tasche gesteckt worden sei. Der Präsident erklärt: die Anklage nehme ohne weiteres an, daß der Angeklagte auch in Leipzig die Absicht gehabt habe, durch den fingierten Selbstmordversuch das Mißleid dritter Personen zu erregen und von diesen Geld zu erlangen. In dieser Beziehung liegen aber gar keine positiven Momente vor, so daß es sich wohl erübrige, bei diesem Falle länger zu verweilen.

Der Vorstehende verliest dann aus dem Pariser „Figaro“ einen Artikel, wonach der Angeklagte in Paris und in Versailles zweimal einen gleichen Selbstmordversuch fingiert habe. Der An-gelagte giebt zu, daß sich der Artikel auf ihn beziehen solle, er verweigert aber nähere Angaben über die Beweggründe zu seinem Vorgehen und bemerkt nur, daß es sich um Familienangelegen-heiten handele.

Den Selbstmordversuch in München erklärt der Angeklagte nicht für einen fingierten, sondern für einen ernsthaft gemeinten. Ihm sei in der That dort seine Brieftasche mit 1700 M. und ein Brillantring abhanden gekommen und seine moralische Depression sei so groß gewesen, daß er aus dem Leben zu scheiden gewünscht habe. Sein Brief an den Polizeikommissar habe lediglich den Zweck gehabt, die Polizei von dem Sach-verhalt in Kenntniß zu setzen, keineswegs sei es seine Absicht ge-wesen, Mißleid zu erregen oder Geld zu erschwindeln.

Die Vernehmung über seine Begegnung mit dem Kriminal-kommissar v. Tausch in Berlin sieht den Angeklagten wieder-holt in große Erregung und aus seiner lebhaften Darstellung klingt immer wieder die Bemerkung hervor: „Das war eine Be-leidigung.“ Er erzählt, daß eines Tages Kriminalbeamte in sein Zimmer im Centralhotel gedrungen seien und ihn in barocker Weise als verhaftet erklärt hätten. Man habe den Verdacht der Spionage gegen ihn geltend gemacht und wolle ihn am Krage-poden, um ihn durch die Straßen zu führen. Als man ihn auf das Kriminalkommissariat gebracht, habe ihn der Kriminal-kommissarius v. Tausch überaus schroff behandelt. Er habe ihn sofort mit „Du“ angeredet, die Kriminalbeamten hätten ihn gewaltsam auf einen Stuhl niedergedrückt, und als er ver-langte, zum Vorgesetzten Schumaloff geführt zu werden, habe ihm der Herr v. Tausch dieses Gesuch in einer höflichen Rede-wendung abgelehnt. Da sei ihm die Geduld gerissen und er habe in höchster Erregung dem Beamten zugerufen: „Sie sind ein unhöflicher und ungebildeter Mensch.“

Aus den diversen Zeugenausagen erwähnen wir die des Kriminalkommissarius v. Tausch: Er habe den Angeklagten ver-haftet lassen müssen. Als er zu ihm in sein Amtszimmer gebracht worden, habe er sich sehr arrogant benommen und französisch ge-sprochen. „Vor allen Dingen wird hier deutsch gesprochen! Sie können deutsch, also machen Sie keine Umstände!“ Da habe dann der Angeklagte erwidert: „Ach, Sie sind ein ungebildeter Mensch und können nicht französisch sprechen? Dann muß ich ja deutsch reden!“ Der Angeklagte sei sehr aufgeregt gewesen und habe wiederholt gedroht, „daß er ihm das antreiben werde“, auch vom Grafen Schumaloff gesprochen, so daß er ihm bemerkte: „Der Graf Schumaloff geht mich hier gar nichts an.“

Der Angeklagte sei dann wiederholt drohend aufgesprungen und habe Komödie gespielt, indem er wiederholt antwortete: „Ich bin Kavallerie, wie Sie, und habe dieselben guten Kleider an wie Sie!“ Als er sodann auf seine Eigenschaft als „russischer Gendarmen-Offizier“ gepostet, habe er ihm gesagt: „Sie sind weder Graf Lawczynski noch Zupafsch, sondern einfach Lawczynski aus Warschau. Machen Sie mir keine solche Schwindeleien vor!“ — M. A. Dr. Mendel ist der Ansicht, daß Herr v. Tausch den Angeklagten nicht angemessen behandelt habe, da er für diesen doch Mangel anderer Beweise der Graf Lawczynski gewesen sei, den man nicht ohne weiteres mit „Du“ anrede. Kriminalkommissarius v. Tausch bestreitet dies. — Auf weitere Fragen des Ver-theidigers erklärt der Zeuge, daß die Verhaftung wegen Spionage erfolgt sei und er in bezug hierauf Aussagen zu machen nicht ermächtigt sei.

Der Gerichtshof hielt den Angeklagten nur der Beleidigung des Kommissars v. Tausch schuldig und verurtheilte ihn dieser-halb zu einer Geldstrafe von 100 Mark, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten sei. Mildern sollte hierbei ins Gewicht, daß der Kommissar v. Tausch den Angeklagten einen Schwindler genannt habe. In betreff der übrigen zur Anklage stehenden Straftathen habe der Gerichtshof aus Freisprechung erkannt, da nicht dar-gehan sei, daß die von dem Angeklagten gemachten Angaben falsch seien, bezw. daß der Pfarrer v. Helm sich dadurch habe täuschen lassen. Zweifellos sei der Angeklagte ein Mensch, der die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollte, aber eine betrügerische Absicht habe sich nicht nachweisen lassen.

Gerichts-Beitung.

Eine Polizeibeleidigung vor der Kammer Brause-weiter. Um angebliche Mißhandlungen auf der Polizeiwache handelte es sich wiederum in einer umfangreichen Verhandlung, welche heute vor der II. Strafkammer, Präsident Brause-wetter, des Landgerichts I. stattfand. Am 20. August v. J. fand in einem Lokale in der Müllerstraße eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher der Stadtk. Meyner über politische Uebergriffe sprach. Im Laufe der folgenden Dis-kussion nahm auch der Dreher Heinrich Endrucatis das Wort. Er theilte mit, daß er auch einen Beitrag zu den Miß-handlungen auf der Wache liefern könne. Der neben ihm stehende Arbeiter Johann Wittmann sei am 18. August vorigen Jahres auf der Wache des 91. Polizeireviere ohne Veranlassung blutig geschlagen worden. Diese Mißhandlung soll unwahr sein und ist deshalb gegen Endrucatis und Wittmann Anklage wegen einfacher bezw. verleumdender Beleidigung er-hoben worden. Endrucatis erklärte im Termine, daß er nur wiedergegeben habe, was ihm in glaubwürdiger Weise von Witt-mann erzählt worden sei. Er habe selbst noch einige Tage nach der angeblichen Mißhandlung die Spuren derselben an der Nase des A. bemerkt. A. gab folgende Schilderung von dem Vorfalle: Am Vormittag des 18. August sei er durch die Gerichtstraße ge-gangen, als eine Anzahl Plasterarbeiter das Lokal des Schant-wirthe Paul betreten wollten. Er habe zu ihnen gesagt, sie sollten doch nicht in dieses Lokal gehen, es werde dort Mithier aus-geschänkt und der Wirth stehe nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Schantwirth Paul habe dies gehört und ihn zur Wache gebracht. Zunächst habe Paul seine Aussage gemacht. Während dieser Zeit sei er in die Einzelzelle gesperrt worden. Gleich darauf seien zwei Schulkente in Uni-form und ein Kriminal-Schumann in die Zelle ge-treten und alle drei seien mit Schimpf-worten über ihn hergefallen und hätten ihn durch Schläge in's Gesicht gemiß-handelt. Als er um Hilfe gerufen habe, habe einer der Schulkente das Fenster zugemacht und ihm dann noch rechts und links eine kräftige Ohrfeige ge-geben mit dem Bemerkten „So ein rother Hund müßte noch viel mehr haben.“ Bald darauf sei er von dem Wachtmeister Schröder vernommen worden. Er habe dem Beamten von der statigebenden Mißhandlung erzählt und auf den Zustand seiner Nase aufmerksam gemacht, worauf dieser ihm gesagt habe, daß er sich dieserhalb beschweren könne. Nach seiner Vernehmung sei er entlassen worden. Er habe sich in ein gegenüberliegendes Schanklokal begeben, wo er verschiedene Be-lannte getroffen habe, denen er erzählt habe, wie man ihn miß-handelt habe. Auf deren Jureken sei er wieder nach dem Bureau gegangen und habe sich zu Protokoll vernehmen lassen. Der Wachtmeister Schröder habe die Schulkente antreten lassen und ihn aufgefordert, diejenigen zu bezeichnen, welche ihn miß-handelt haben sollten. Er habe auf die Schulkente Braune und Gunkle gezeigt, der Kriminalbeamte sei nicht mehr zugegen gewesen. — Bei dieser Darstellung blieb Wittmann auch im gestrigen Termine. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Morris, erklärte, daß er von seinem Standpunkte aus von jeder Beweisnahme Abstand nehme, da er schon jetzt eine Freisprechung für geboten halte. Der Staatsanwalt, Assessor Schütte, bestand dagegen auf einer möglichst eingehenden Beweisnahme, damit der Fall im Interesse der Öffentlichkeit aufgeklärt werde. Zeuge Wachtmeister Schröder befundete, daß

die Mißhandlungen nur während der wenigen Minuten begangen sein könnten, welche die Vernehmung des Schankwirths Paul in Anspruch nahm. Er könne aber nicht daran glauben, da er un-mittelbar im Nebenraum sich befinden und weder das Geräusch von Schlägen noch einen Hilferuf gehört habe. Es sei nicht wahr, daß Wittmann sofort über Mißhandlungen geklagt habe, erst mehrere Stunden nach seiner Vernehmung sei er in Sonn-tagkleidung, mit hohem Hut und mit einem langen roten Halstuch angethan, wieder im Bureau erschienen und habe seine Beschwerde vorgebracht. Wichtig sei es, daß Wittmann dann die beiden Schulkente Braune und Gunkle als diejenigen bezeichnet habe, die ihn geschlagen hätten. Auch habe er gesehen, daß Wittmann eine frische, wenn auch unbedeutende Wunde an der Nase hatte. Die Schulkente bestritten unter ihrem Eide überein-stimmend, daß einer von ihnen dem Wittmann auch nur einen einzigen Schlag versetzt habe. Dagegen trat ein unparteiischer Zeuge auf, welcher neben dem Polizeibureau wohnt und zu der fraglichen Zeit einen Hilferuf gehört hat. Auch haben andere Zeugen den Wittmann gesehen, daß er mit dem Taschentuch vor der Nase zum Bureau herausgetreten ist, daß er Verletzungen hatte, die sie vor seiner Sistierung nicht bemerkt hatten.

Der Staatsanwalt betonte, daß Anzeigen über angebliche Mißhandlungen auf den Polizeiwachen nicht gerade zu den Seltenheiten gehörten. Im Interesse der Öffentlichkeit erfolge jedesmal eine möglichst eingehende Untersuchung, denn der Staat könne Beamte, die die ihnen anvertraute Macht mißbrauchten, nicht im Dienste behalten. Im vorliegenden Falle sei die angebliche Miß-handlung nun völlig auf der Luft gegriffen. Die Wittmann zu der kleinen unbedeutenden Schramme an der Nase gekommen sei, habe aller-dings nicht aufgeklärt werden können, von der Behandlung wie der Angeklagte sie durch Endrucatis in öffentlicher Verhandlung habe schildern lassen, könne aber gar keine Rede sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wittmann neun Monate, gegen Endrucatis 14 Tage Gefängniß. Der Verteidiger, M. A. Morris plädirt für Freisprechung, bezw. für ein niedriges Strafmaß. Die Thatfache, daß Wittmann vor seiner Sistierung unverletzt gewesen, dagegen mit geschundener Nase von der Wache gekommen sei, lasse sich doch nicht auf der Welt schaffen, und ebenso der Hilferuf müsse als erwiesen angesehen werden.

Der Gerichtshof hielt es für möglich, daß der Gastwirth Paul, den der Angeklagte Wittmann in seinem Geschäft ge-schädigt hatte, mit demselben etwas unsanft umgegangen sei und ihm die Schramme an der Nase beigebracht habe. Der Gerichtshof sei der festen Ueberzeugung, daß keiner der Beamten sich vergangen, Wittmann die Gesichtse-riemeln erfinden habe. Mit Rücksicht darauf, daß Lüge und Verleumdung durch Wort und Schrift immer mehr überhand nehmen, (wo denn? D. A.) sei Endrucatis zu einem, Wittmann zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Dem Polizeipräsident sei die Veröffentlichung des Urtheils durch den „Berliner Lokal-Anzeiger“ zuzusprechen.

Zur Diensthofenklaverel. Eine die gegenwärtigen gesell-schaftlichen Zustände charakterisirende Verhandlung fand am Sonnabend vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts I. statt. Das Dienstmädchen E. L. war wegen heimlichen Verlassens des Dienstes angeklagt. Sie war beim Zigarrenhändler Emil Herrmann, Pringensstraße 85, als Hausmädchen thätig gewesen. Herr Herrmann erlaube sich, nach der Aussage des Mädchens, eines Tages verschiedene Liebenswürdigkeiten, welche sich das Mädchen energisch verbat. Ein paar Tage später fand die „sehr nervöse“ gnädige Frau, die öfters mit Mädchen wechseln soll, einige kleine Unregelmäßigkeiten beim Reinmachen und machte darüber Krach; Herr Herrmann kam dazu, gab dem Mädchen ein paar Ohrfeigen und stieß es hin und her. Das Mädchen erklärte darauf, wegen der Behand-lung den Dienst verlassen zu wollen, worauf man sie im Zimmer einsperrte. Schließlich ließ der „Herr“ noch einen Schuh-mann holen, dem er mittheilte, daß das Mädchen, nachdem es seine Arbeit gemacht habe, gehen könne, was er aber im Termin zu bestreiten versuchte. Dem Mädchen wurden von dieser Herrschaft nunmehr die Sachen einbehalten, welche erst nach längerer Zeit auf Drängen der Polizei gegen Hinterlegung von 3 Mark ausgeliefert wurden, obwohl die L. für die 14tägige Diensthofen keinen Pfennig Lohn erhalten hatte. Daraus deunungte Herrmann das Mädchen auf dem Revierbureau wegen un-befugten Verlassens des Dienstes, worauf ein polizeiliches Strafmandat von 6 Mark folgte, gegen welches das Mädchen vor Gericht Einspruch erhob. Außerdem hatte der „Herr“ noch die Liebenswürdigkeit, dem Mädchen folgendes ins Dienstbuch zu schreiben: „Ungehorsam und widerspenstig im höchsten Grade! Am 26. November 94 heimlich den Dienst verlassen ist dies wegen meinerseits polizeiliche Bestrafung beantragt und mit 6 M. bestraft worden.“ Das Mädchen wurde zu drei Mark Geldstrafe verurtheilt; in der Begründung dieses Urtheils wurde ausgeführt, daß sich ein Diensthofe die berühmte leichte Körper-liche Züchtigung gefallen lassen müsse. Gegen das Urtheil ist Berufung eingelegt worden.

Der Giftmord-Prozess Joniaug ist in Antwerpen am Sonnabend zu Ende geführt worden. Der Verteidiger Graug beantragte die Freisprechung. Der Staatsanwalt verlas bei seiner kurzen Entgegnung eine von Herrn Joniaug 14 Tage nach dem Tode Habers geschriebene Bisttentorte, welche die Worte enthielt: „Alle Ihre Wünsche geben in Erfüllung.“ (Be-wegung.) Der Staatsanwalt schloß: „Es fragt sich, wer das nächste Opfer der Angeklagten sein wird, falls sie freigesprochen werden sollte.“ Nach einstündiger Beratung beantworteten die Geschworenen sämtliche Schuldfragen mit Ja. Der Gerichtshof verurtheilte infolge dessen Frau Joniaug zum Tode. Auf der Straße fanden lärmende Kundgebungen statt.

Vermischtes.

Zum Untergang der „Elbe“ liegt aus Loresloft folgende vom Sonntag datirte Nachricht vor: Der Kapitän der heute hier eingetroffenen Schmach „Tarn“ berichtet: „Am vergangenen Mitt-woch etwa um 5 Uhr früh sah ich Raketen, die ein großer Dampfer steigen ließ. Wir näherten uns bis auf eine Entfernung von etwa 700 Metern, da verschwand der Dampfer. Wir sahen darauf einen anderen Dampfer, welcher blaue Lichter zeigte. Nach Ver-lauf einiger Minuten zeigte der zweite Dampfer seine Fahrt in östlicher Richtung fort. Die „Tarn“ kreuzte einige Zeit in dieser Gegend; wir sahen aber weder Zeichen noch Boote oder Trümmer. Wir bemerkten auch einen dritten Dampfer, der jedoch zu irgend einer Hülfsleistung nicht anhielt. Der Kapitän der Schmach „Industrie“ meldet, er habe etwa 35 Meilen von Lores-loft den Schwamm eines fremden Matrosen, der einen Rettungs-gürtel trug, angetroffen. Andere Schmach berichten, daß sie Trümmer eines untergegangenen Schiffes und eine weitere Reihe gesehen haben. In einer heute veröffentlichten Bekanntmachung werden Belohnungen für die Auffindung von Zeichen der mit der „Elbe“ Verunglückten ausgesetzt.

Es wird weiter berichtet: Bremen, 4. Februar. Die „Börsen-Zeitung“ vom heutigen Tage aus Loresloft meldet, sind eine Reihe und ein Postlad von der „Elbe“ aus der See gefischt und eingebracht worden. — R. R. H., 4. Februar. Der bei dem Untergang des Dampfers „Elbe“ gereitete Passagier Eugen Schlegel aus Rürth ist nach einem bei seinen hiesigen Verwandten eingegangenen Telegramm infolge der großen Strapazen gestorben. — L. o. w. e. s. t., 4. Februar. Heute wurde hier die Leiche des Leutnants Friedrich Ernst aus Magdeburg, sowie einige von den Postfäden der „Elbe“ durch ein Fischbo-ot aus Land gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

W. 3. 30. G. P. M., Roßter 2000. Können Sie in unsere Sprechstunde. — Genosse 9170. Ja. — P. 2. 100. Wie lauten die in Frage kommenden Bestimmungen des Statuts?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 5. Februar
Opernhaus. Das Rheingold.
Schauspielhaus. Galati. Die stille Nacht.
Deutsches Theater. Weß dem, der liegt.
Berliner Theater. Marienburg.
Festung-Theater. Der Fall Elmenor.
Neues Theater. Demi-Monde.
Kessels-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater Unter den Linden. Der Probefuß.
Schiller-Theater. Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Kessels-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.
Central-Theater. O! diese Berliner.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Die erste Thorheit. Das Damenbad.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Dienstag, 5. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Mittwoch, 6. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Donnerstag, 7. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Freitag, 8. Februar, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male: Rabala und Fiebe. Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich v. Schiller.
Sonntag, 9. Febr., abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.
Nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung.
Prinz Friedrich v. Homburg.

National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 182.
Sensationelle Novität!
Wasserspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder
(Direktion J. Verstraet u. G. M. Polini).
Die lebende Brücke.
(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern). Nach dem Englischen von Sutton Vane, überseht von D. Schwab.
Regie: Max Samst.
Dirigent: Adolph Wiedocke.
Aufführung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
3. Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Anna Bäckers. Josefina Dora.
Letzte Woche!
Zum 150. Male:
O, diese Berliner!
Große Feste mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 1/28 Uhr.
Morgen: O, diese Berliner!

Parodie-Theater
Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
L'homme masque.
Große Zauberei à la Ben Ali Bey.
Vorher:
Tannhäuser.
Zum Schluss:
Heimath.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Adolph Ernst-Theater
Auftreten der Grotesktänzerin Miss Rose Batchelor
vom Prince of Wales-Theater in London.
Zum 40. Male:
Ein fideles Corps.
Große Gefangenspiele mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von J. G. S. Jones, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Infolge des großen Andrangs bleibt die Piste von Donnerstag 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Passage - Panopticum.

Neu! Neu!
Prof. Frdr. Schwing's
Wandernde
Lichtbilder.
II.
Das Lied
von der Glocke
in 15 lebenden Bildern
mit transparentem
Hintergrund.
Musik von Romberg.
Der Meister: **Rob. Biberti**
vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Feen-Palast
Pargstr. 22, neben der Börse.
**Riesen-
Februar-Programm.**
Ein Liebes-Drama,
oder:
Der Brand auf der Taubenburg.
Das unruhige Haus
um Mitternacht.
Max und Moritz
Gubenstraße.
Die
Wunder-Elephanten.
James Capelli.
Miss Tanisan.
Wilhelm Fröbel.
Mary Myra Maa.
Anita & Jul. Schaffner.
Truppe Largards etc.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Konzert 6 Uhr,
Vorstellung 7 Uhr.

Urania
Anstalt für volkstümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

**Kaufmann's
Variété.**
Das vollständig
neue
Februar-Programm:
Naucke ist trotzdem die
größte Zugkraft!
Naucke der populäre
Mann Berlin!
Naucke ist das Tages-Ge-
spräch Berlin!
Naucke heisst?
Noch immer ausverkauft!
Die absolute Neuheit ist?
Pinte-Quente Watt
ein Räthsel?

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
**Stettiner
Sänger**
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Zum Schluss:
Circus-Bilder
Ensemble von Meysel.
(Letzte Aufführung im Böhm. Brauhaus.)
Festfeste Oranienstr. 180.
Sonntags und Sonntags zu Ver-
sammlungen und Tanz frei. 20186.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Tiefen des dunkeln Erdheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das scheckige Mädchen Mariotta.
Weihnachts-Ausstellung

Unter den Linden 21.
Ben. Jeden Sonntag
Nachmittag
Orientalische Ali-Familienvorstlg.
zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Circus Renz

Carlstrasse.
Dienstag, 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Wiederholung
der Parade-Vorstellung vom
Sonntag, den 27. Januar.
Gala-Fest-Alt,
arrangiert und inszeniert vom Direktor
Fr. Renz. Außerdem: Auftreten der
berühmtesten Künstler-Spezialitäten
Damen und Herren, Vorführer und
Reiten der bestrefectierten Freizeits,
Spring- und Schulpferde.
Zum Schluss der Vorstellung:
Auf, auf, zur fröhlichen Jagd!
Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
(Beim Jahreswechsel in Peking.)
Neue Musik-Einlagen.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Tauben-
Ausstellung, täglich Ein- und Verkauf
von Rasse-Tauben im Lokal
25155
Hussitenstr. 26.

**Die Verwirklichung
des Sozialismus.**
Wie kann die Umwandlung der
kapitalistischen Produktion in die
sozialistische ermöglicht werden?
Von Paul Anhuth.
Preis 50 Pf.
P. Anhuth's Selbstverlag
in Mainz.
Durch alle Buchhandlungen
und Kolportage zu beziehen.

Gesangvereine!
Großes Vereinszimmer Mittwoch,
Donnerstag und Freitag frei Neue
Hochstraße 49. 15722*

Belegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel
pottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-
ständer, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettschlösser mit Sprungfeder-Matratzen
18, Aufbaum-Kleiderständer 30, Stühle
2 Mark, hochfeine Muschelständer 10,
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibische, Damenschreibische 30,
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenständer, Paneele-
sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,
Betten, Couchentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlin zu be-
sichtigen u. sich von den stammend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis April kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

**C. Bolzmann's
Gesellschafts - Säle,**
Lichtenbergerstr. 16.
Säle und Vereinszimmer von 20 bis
500 Personen. 15211.*
Jeden Mittwoch Abend fr. Plin- u.
Lebertw., fr. Grüt- u. Schneidewurk.
25176
Jahn, Adalbertstr. 4.
Garderobe f. Herren
u. Damen. Spezial-
ität: Götin d. Freiheit, roth. Tausel.
Große Auswahl. Vereine 20 pSt. Preis-
ermäßig. Grünbaum, Blumenstr. 80/81.

SO. Stimmbegabte Genossen,
welche gemillt sind, einem neue-
gegründeten Männer-Gesangverein beizutreten, sind herzlich willkommen
Mittwoch Abend 9 Uhr bei Manzey,
Brangelstr. 124. 24945
Bläserpieler (auch Damen), welche
sich an der Gründung
eines Klubs im Osten betheiligen wollen,
werd. erlucht, ihre Adressen einzuliefern
an J. Schwanse, Gruner Weg 64.

Achtung! Genossen und Genossinnen! Achtung!

4 Volksversammlungen

Heute, Dienstag, 5. Febr., abends 8 Uhr, in „Saussoici“,
Kottbusserstraße 4a, und „Kolberger Salon“,
Kolbergerstraße 23.

Morgen, Mittwoch, 6. Februar, abends 8 Uhr, in den
„Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20, und
„Böhm. Brauhaus“, Landsberger Allee.

Tagesordnung in allen 4 Versammlungen:
1. Vortrag über: „Fordern die Frauen das
politische Wahlrecht?“ 2. Diskussion.
Referenten:

Frl. Baader, A. Bebel, Frau Ihrer und W. Liebknecht.
Genossinnen! Erscheint alle in diesen Versammlungen, damit der Kampf
um das Wahlrecht ein gemeinsamer wird. Zellerfassung findet statt.
Um zahlreichen Besuch bittet 128/6
Die Berliner Frauen-Agitations-Kommission.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Zwei Versammlungen.**
1. Köpenicker Viertel:
Am Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen
Henke, Rannstr. 27. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. med.
G. Hermann über: „Der Kampf ums Recht.“ 2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
2. Frankfurter Viertel:
Am Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Fiebig's Salon,
Frankfurterstr. 28. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. med.
Dr. J. J. J. über: „Die Krankenversicherung wie sie ist und wie sie sein soll.“
2. Diskussion und Verschiedenes. 260/18
Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Lokal des Herrn Gröndel, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Unsere politische Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Kleeß.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 262/10
Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Gauverein Berliner Bildhauer.
Gente, Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
bei Schneider, Annenstr. 16:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches: — Geschäftsordnung für die
Stellenvermittlung am Tage (Vorm. 10-11 Uhr). — 2. Steinbildhauer-
Abend. 3. Verschiedenes.
Zu Punkt 2: „Unsere neueste Statistik, ganz besonders die Berliner
Steinbildhauer betreffend“. Referent: Kollege Dupont. — Zahlreicher
Besuch aller Branchen sehr erwünscht.
Am Sonntag, den 24. Februar, vormittags 9 Uhr, findet eine
Vorstellung — „Durch alle Welten“ — in der „Urania“ statt. Biletts
à 40 Pf. werden bis Dienstag, den 12. nur an Mitglieder abgegeben; nach-
dem auch für Nichtmitglieder.

Diejenigen Mitglieder, welche auch Mitglieder der Orts-
Frankenliste der Bildhauer sind, werden hiermit nochmals auf die am
Freitag dieser Woche im obigen Lokale, abends 8 1/2 Uhr stattfindende
Generalversammlung aufmerksam gemacht und ersucht, alle pünktlich zu
erscheinen. (Neuwahl von 119 Delegierten und 12 Ersatzmännern.) Versäume
seiner seine Pflicht; es gilt für weitere zwei Jahre nur solche Kollegen zu
wählen, welche nach jeder Richtung unsere Interessen vertreten.
72/7 **Der Vorstand.**

Achtung! Schneider u. Schneiderinnen! Achtung!
Große Versammlung
des Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen
Dienstag, den 5. Februar 1895, abends 8 1/2 Uhr pünktlich,
bei Deigmüller, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Herrn Professor Dr. Wilhelm Förster, Direktor
der Sternwart: „Die Erde und ihre Bewegungen“. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1894. 3. Vereinsangelegenheiten.
Wir ersuchen alle Mitglieder des Verbandes, diesen lehrreichen Vortrag
anzuhören. Gäste sind freundlichst eingeladen.
218/17 **Die Bevollmächtigten.**

Achtung! Maurer. Achtung!
Donnerstag, den 7. Februar 1895, abends 8 Uhr:
Ordentl. Mitglieder-Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen
der Maurer Berlins u. Umgegend
in „Wilke's Lokal“, Andreasstr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Hrn. Dr. Woyl über: „Das neue Diphtherie-Heilmittel“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
186/14 **Der Vorstand.**

Maler!
Donnerstag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr,
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20:
Arbeitslosen-Versammlung. 183/15
Siehe Mittwoch Säulenanschlag. **Der Vertrauensmann.**

Rixdorf.
Mittwoch, den 6. Febr., abends 8 Uhr, in den „Victoria-Sälen“,
Hermannstraße Nr. 45:
Große öffentliche Versammlung
der Tabakarbeiter u. -Arbeiterinnen und Interessenten.
Tages-Ordnung:
1. Die Tabak-Fabrikanten. Referent: Reichstags-Mitgl. Molkenbühr.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 25825
Die Kommission der Tabakarbeiter. J. A.: C. Hobuss.

Achtung! Parteigenossen.
 Sonntag, den 17. Febr., in **Keller's Fest-Sälen**,
 Koppenstraße Nr. 29:
Große Matinée,
 arrangiert von den Gesangsvereinen „Alpenglocke“, „Deutsche Eiche“,
 „Frisch auf“, „Kornblume“, „Loreley“ und „Vorwärts III“
 (M. d. V. S. V.), unter Leitung ihres Dirigenten
 Herrn **F. Patschau**,
 unter gütiger Mitwirkung des Jüthelclubs „Freiheitsklänge“,
 Dirigent: Herr **F. Gotschalk**,
 und einem Solo-Cornet-Quartett der „Freien Vereinigung der Zivil-
 Berufsleute“ unter Leitung des Dirigenten
 Herrn **Gartmann**. 2596*
 Eröffnung 11 Uhr. Anfang 12 Uhr.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet Die Kommission.

Der Ausstoß unseres **Bock-Bieres** beginnt
 Sonnabend, den 9. Februar.
 Brauerei **Pichelsdorf**.
 13902*

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
 Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Berlin, Veteranenstr. 24.
 Ueberall zu haben!

LINOLEUM-RESTE, Wachstuchreste, Gummitischdecken, auch
 fehlerhafte, sehr billig. Gruner Weg 102.
Brauerei Wilhelmshöhe
 Fornsprocher: **E. Lehmann** Belfortstr. 4.
 Amt III. 8884.
 Der Ausstoß meines diesjährigen
Bock-Bieres
 beginnt am **Dienstag, den 5. Februar.**
 Flaschenverkauf findet nicht mehr statt.
Für Gasinstallateure! — Gasglühlicht!
 Reines weiss. u. angenehm. Licht; allerbilligste Bezugsquelle.
 Desgl. Lyren, Glassachen etc. 1558L*
Berliner Glühlichtfabrik Gericke & Co.
 24, Michaeliskirchplatz 24.
 Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.
 sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 2145b

Neugold-Remontoir-Uhren.
 Marke **Neugold** gef. geschützt.
 Mit feinstem Schweizer Werk, genau reguliert, von
 edlem Gold u. Silber zu unterrichten.
 3 Jahre Garantie für guten Gang.
 10 Jahre für ununterbrochenes Aussehen.
 Preis der Uhr mit 2 Neugold-Defeln, einem
 Silber-Defel, 15, mit 3 Neugold-Defeln (Sprung-
 Defel, Savonnette), 20, Damen-Uhren mit 2 Neu-
 gold-Defeln (Sprung-Defel, Savonnette), 21, Neu-
 gold-Uhren in modernem Design für Herren und
 Damen 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32,
 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44,
 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56,
 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68,
 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80,
 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92,
 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Feith's Neubeiten-Vertrieb,
 Dresden-M., Pirnaische Str. 34, Berlin C., Stralauerstr. 41.
 Vertreter, Wiederverkäufer u. Exporteure gesucht.

Rum
 anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
 Echt **Stonsdorfer Likör** à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
 Ingber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
 Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à 1,30.
 Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche 2,10. 3239*
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81,
 Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Wallenstr. 27.

Ausnahme-Preise!
 Mittwoch, Donnerstag und Freitag, den 6., 7. und 8. Februar.
 Crêpe reine Wolle, Ballfarben Meter 63 Pf.
 Hemdentuch Meter 19 Pf.
 Cachmir, schwarz { reine Wolle } Meter 90 Pf.
 { schwere Qualität } Meter 47 Pf.
 Inlet, roth und rosaroth Meter 60 Pf.
 Kleiderstoff, Halbwolle, haltbare Waare Meter 60 Pf.
 Die Extra-Preise gelten nur für diese 3 Tage.
A. Wronkow, Oranienstr. 162
 zwischen Moritz- u. Oranienplatz.
 Filiale: Skaltzer-Strasse 62.
 Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Mag. Gading in Berlin, SW., Genthinerstr. 2.

Unserem Pfropfenbruder **Abolph**
 Widste zu seinem heutigen Wiegen-
 feste ein dreimal donnerndes Hoch!
Der Pfropfenverein Wedding.
 Abolph, halt 'n Stummel fest!
 Allen Verwandten, Freunden und
 Bekannten hierdurch die traurige Mit-
 theilung, daß mein lieber Mann, der
 Schlosser **Max Schmidt**
 an der Proletarierkrankheit nach langen,
 schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Um stille Theilnahme bittet die trauernde
 Wittwe **Olga Schmidt**.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den
 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom
 Krankenhause am Urban aus statt.
Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
 der **Tijgher u. j. w.**
 Oertliche Verwaltung Berlin B.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 das Mitglied **Otto Seelig**
 am 2. Februar verstorben ist. Die
 Beerdigung findet Dienstag, den 5. d. M.,
 nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
 Wasserthorstr. 69, aus statt.
 224/5 Die Ortsverwaltung.

Verband aller in der
Metallindustrie besch. Arbeiter
 Berlins und Umgegend.
Todesanzeige.
 Am Sonnabend, den 2. d. M., ver-
 starb unser Mitglied der Schlosser
Max Schmidt.
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag,
 den 5. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom
 Krankenhause am Urban aus statt.
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht
 198/9 Der Vorstand.

Schöneberg.
Arbeiter-Bildungs-
Verein.
 Den Mitgliedern hiermit zur Kennt-
 nis, daß unser Mitglied, der Genosse
Max Kehr
 am Montag, den 28. Januar abends,
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Dienstag,
 den 5. Februar, nachm. 3 Uhr, auf dem
 Zwölft Apostelkirchhof (Schöneberg) statt.
 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten für
 die rege Theilnahme und Kranzspenden
 bei der Beerdigung meiner lieben un-
 vergesslichen Frau meinen herzlichsten
 Dank. 2518b
Heinrich Franck
 Heinrich Franck und Sohn.
 Für die liebevolle Theilnahme und
 die prachtvollen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines Mannes sage allen
 Freunden und Verwandten, sowie dem
 Gesangsverein Echo II und den Kollegen
 der Werkstatt D. Lupik meinen herz-
 lichsten Dank. **Wwe. Ruse.**

Blumenhandlung
P. Abromeit, Glöcherstraße 69,
 Berlin SW. 5547*
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse,
 Guirlanden u. s. v.
 Billigste (Markthallen-) Preise bei ge-
 schmackvoller Ausführung.
Kranzbinderei u. Blumenhdlg.
Robert Meyer,
 Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Freitum zu ver-
 meiden, bitte ich meine Freunde und
 Genossen, genau auf meine Adresse zu
 achten.

Masken
 verleiht billig **Stenke, Dennenw.**
 Strasse 1. 2402b
Möbel, gebraucht, taugt Möbel-
 handlung **Rosenthaler-**
 Straße 13.

6 Pfund Albrecht's
 Brot für **Bäckerei**,
 50 Pfennig
 liefert **Wrangel-Strasse 8.**
 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.
Möbel-
Kaufgelegenheit
 bietet sich Brautleuten u. im Möbel-
 speicher, 13642*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Dasselbst stehen täglich zum Verkauf:
 neue gediegene Möbel zu außerordentlich
 billigen Preisen, gebrauchte und
 verließen gewesene Möbel zu wahr-
 haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-
 stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-
 spinde, Kommoden 12, Sophas 15,
 Bettstellen mit Matrassen 18 Mark,
 Kuchenschrank, Vertikow 80,
 Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-
 meaux 65, Paneele 75, Plüsch-
 garnituren 60 Mark. Herren-Schreib-
 tische, Schreibsekretäre, Buffets, Rou-
 liffentische, Spiegel, alles staunend billig.
 Gekaufte Möbel können auf meinem
 Lager bis April kostenfrei
 lagern und werden durch eigene Ge-
 spanne transportirt und aufgestellt.

Feine
Tischbutter
 Pfd. 0,90—1,00 Mk.
 Denbar feinste Tafelbutter
 Pfd. 1,10—1,20 Mk.
 Bei Entnahme von 5 Pfd. sende
 frei ins Haus.
J. Maeding.
 Erstes und größtes Geschäft
 der Markthalle 8, (Andreas-
 Straße) Stand 115—118.
 2. Geschäft:
 Straußbergerstraße 4.
 3. Geschäft:
 Mehlstrasse 52.

Rohrtabak.
 Größte Auswahl! Billigste Preise!
 Lager in Formen, Bocklacons.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

In
Roh-
Tabaken
 und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster
Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
 nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Erste Berl. Stiefel-Klinik
 Hauptgeschäft: Holzmarktstrasse 21.
 Filialen: Schönhauser Allee 152,
 Ackerstr. 28, Linienstr. 248,
 liefert in 30 Minuten
 nur bestes Kernleder u. gute Handarbeit
 für Herren für Damen
2 Mark. 1,60 Mk.
 Alle anderen Reparaturen
 von 10 Pf. an schnellstens.

Bierdruck-Apparate
 Lager flüssiger Kohlensäure
 zu herabgesetzten Preisen 1366L*
H. Reinhardt,
 113 Brunnenstr. 113.
 Milchkübel, Rannen, Satten, Mäße,
 Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
 Buttermeter, Drehrollen.
Jordan, M. Markussstr. 28.
Achtung!
 Zahnerfab. auch Theilzahl. wöchentl.
 1 Mark. Guckel, Kaiserplatz 2,
 Gieselerstr. 12.

Verein der Plätterinnen
 und vorw. Berufsgen. Berlins.
 Dienstag, den 5. Febr., abends 8 Uhr:
Versammlung
 im Lokale des Hrn. Wille, Andreasstr. 26.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Augenarztes Herrn
 Dr. Burm: „Ueber die Pflege
 der Augen“ mit Demonstrationen
 an künstlichem Modell.
 2. Diskussion.
 3. Abrechnung vom November-Vor-
 gnügen und von Urania.
 4. Wahl einer Revisorin.
 5. Verschiedenes.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
 287/8 Der Vorstand.

1 Barbier
 (Parteigenosse)
 dessen Erfindung fast gänzlich vernichtet
 ist, sucht einen geeigneten Platz. Ge-
 nossen an Orten, in denen ein Barbier,
 der sich an der Agitation betheiligen
 würde, seine dauernde Erfindung finden
 könnte, werden ersucht, Mittheilungen
 unter „Barbier“ an die Expedition des
 „Vorwärts“ zu senden.

Eleg. Maskengarderobe v. 1,50 M.
 an.
 Einzel-Bock, Reanderstraße 34, 1 Tr.
Butter billigst!
 Feinste Tafelbutter, Pfd. nur 1,—
 Hochfeine Kochbutter „ „ 0,80
 (garant. reine Naturbutter) empfehl.
H. Grasshoff, Ede Franzstr.

Ausverkauf
 v. Möbeln, Spiegeln u. Polster-
 waaren wegen Aufgabe des Laden-
 geschäfts zu herabgesetzten Preisen
 von
Julius Apelt,
 Sebastianstr. 20.

Tuch-Reste
 in Cheviot u. Kammgarne zu
 Hosen-Anzügen, Kleidern etc.
 spottbillig Hoher Steinweg 11, 1.

M. Krüger's
Speise-Leinöl
 ist das anerkannt Beste.
 Fabrik-Lager: 15182
 Berlin SO., Skaltzerstrasse No. 105.

Damen-Masken, privat, elegant und
 sauber zu verleihen Waldemarstr. 46,
 2 Tr. rechts. 2516b
 Klempnerei mit Laden billig zu ver-
 kaufen Müddersdorferstr. 24. 2566b
 Ein H. möbl. Zimmer zum 15. Febr.
 gesucht. Off. m. Preisang. unt. X. 100
 an d. Exped. d. „Vorwärts“. 2580b

Arbeitsmarkt.
Achtung, Tischler!
 Bezug u. d. Büchermöbel-Fabrik von
Oskar Springer,
 Generalstraße 8, Weissenfer,
 ist unbedingt fern zu halten. 143/13*
 Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-
Streik!
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von
Görs & Kallmann
 haben infolge Maßregelungen und
 Lohnforderungen die Arbeit nieder-
 gelegt. Jüngst ist strengstens fern-
 gehalten.
 Gleichzeitig ist für die Branche Zu-
 sammenfeger der Piano-Fabrik **Kauz**
 & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maß-
 regelung laut öffentlicher Versammlung
 vom 13. Januar cr. die Sperre ver-
 bängt worden.
 198/13 Die Lohnkommission.
 Farbigmacher verlangt Rutenberg,
 Friedenstr. 10. 2567b
 Farbigmacher verl. Kottbus, Damm 100.
 Farbigmacher verl. Oranienstr. 119,
 Friebe. 2584b
 Ein tüchtiger Dreher wird verlangt.
 F. Priess, NO. Mathiasstr. 3, an der
 Landsberger Allee. 44/3
 Schürzennäherin im Hause verlangt
 Habermann, Wöhlertstr. 16. 30/27